



Das Ostpreußenblatt

Organ der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Jahrgang 21 / Folge 38

2 Hamburg 13, Parkallee 84 / 19. September 1970

3 J 5524 C

Bundestag hat letztes Wort

Der Moskauer Vertrag darf nicht zu einem Teilungsdokument werden

Hamburg — „Freiwillig und ohne akuten Zwang hat die Bundesregierung auf ein Viertel des nach wie vor rechtlich zu Deutschland gehörigen Staatsgebietes verzichtet.“ Diesen Vorwurf hat der frühere Parlamentarische Staatssekretär im Bundeskanzleramt, der CSU-Bundestagsabgeordnete Karl-Theodor Freiherr von und zu Guttenberg gegen Bundeskanzler Brandt und seinen Außenminister Scheel erhoben.

Die Bundesregierung habe, so hat Freiherr zu Guttenberg festgestellt, „die Teilung des verbleibenden Restgebietes politisch sanktioniert und sich verpflichtet, die Unterwerfung von 17 Millionen Deutschen unter eine totalitäre Fremdherrschaft zu respektieren“. Schon am 27. Mai hatte Baron Guttenberg vor dem Deutschen Bundestag die Bundesregierung gewarnt, als er sagte: „Sie sind dabei, das Deutschlandkonzept des Westens aufzugeben und in jenes der Sowjetunion einzutreten...“ Heute, nachdem die Bundesregierung in Moskau den Vertrag unterzeichnet hat, sagte v. Guttenberg: „Die Regierung Brandt, die feierlich versichert hatte, für das Selbstbestimmungsrecht aller Deutschen einzutreten, mutet uns nun zu, jene Machthaber und Maßnahmen zu ‚respektieren‘, die jenseits von Mauer und Stacheldraht nun unseren Landsleuten eben dieses Selbstbestimmungsrecht täglich brutal verweigern.“

Das letzte Wort wird der Deutsche Bundestag haben. Die Abgeordneten werden vor unserem Volk und vor der Geschichte zu verantworten haben, ob sie die in diesem Vertrag anerkannte deutsche Teilung und die Preisgabe eines Viertels des deutschen Staatsgebietes sanktionieren wollen. Es wird darauf ankommen, die Nebelschleier zu zerreißen, die um diesen Vertrag gewoben wurden, damit unser Volk den wahren Charakter dieses Paktes erkennt.



Lübeck gibt ein Beispiel: Im Herzen der Hansestadt weht eine mit Trauerfloren versehene Bundesflagge und ein Schild verkündet, daß sie wehen soll, solange die Mauer in Berlin steht.

Foto: Zander

Was wird aus der FDP?

H. W. — Selbst der sagenhafte Graf Orin-dur wäre in Bedrängnis, wollte er den Widerspruch der Natur zu erklären sich bemühen, der darin liegt, daß eine gewisse Presse, die der derzeitigen Bonner Regierung besonders zugetan ist, Breiten gegen die National-Liberale Aktion abfeuert, während die Parteioberen der FDP sich abmühen, glaubhaft zu machen, es handle sich hierbei doch nur um einen „Klub politischer Pensionäre“.

Es scheint also innerhalb der FDP — wenn man sich an das Wortspiel der Parteispitze hält — eine erhebliche Anzahl solcher „politischer Pensionäre“ zu geben, denn, wie landauf und -ab zu hören ist, breitet sich die National-Liberale Aktion in einer Weise aus, die es unmöglich macht, diese Bestrebungen als einen verunglückten Alleingang des Bundestagsabgeordneten Zoglmann zu deuten.

Seit mehr als geraumer Zeit gibt es innerhalb der FDP-Kreise, die mit dem Linksrutsch der Partei, mit den Forderungen der Jungdemokraten ebenso wenig wie mit dem Parteivorsitzenden Scheel einverstanden sind, den sie nur noch als einen Erfüllungsgehilfen des größeren Koalitionspartners betrachten.

Schon einmal hat es in der FDP eine beachtliche Krise gegeben. Das war, als im Jahre 1956 die sogenannte Ministergruppe mit dem damaligen Vizekanzler Franz Blücher, dem Wohnungsbauminister Preusker und dem Altliberalen Dr. Hermann Schäfer die FDP verließ und die Freie Volkspartei gründete. Wenn diese Neugründung damals nicht reüssierte, so kann das für die heutige Führung der FDP kein Grund zur Beruhigung sein, denn inzwischen haben sich die Verhältnisse wesentlich gewandelt.

Die Landtagswahlen des Frühjahrs haben der FDP gezeigt, daß sich der Ruck nach links nicht auszahlt. Die Landtagswahlen, die im Herbst anstehen, werden für die Partei von noch eminenterer Bedeutung sein.

Vor diesem schwierigen Hintergrund wird man die Maßnahme sehen müssen, die der Parteivorstand jetzt gegen den Bundestagsabgeordneten Siegfried Zoglmann, der zugleich Bundesvorsitzender der National-Liberalen Aktion ist, eingeleitet hat. Kommt es tatsächlich zu einem Ausschluß des Abgeordneten Zoglmann, so wird eine solche Maßnahme — und das ist bereits jetzt erkennbar — Folgen haben, die den Freien Demokraten unter die Haut gehen.

Ob die National-Liberale Aktion zu einer wirklichen Aufwiegung und zu einer echten politischen Kraft wird, hängt davon ab, mit welchem politischen Programm aufgewartet und wie dasselbe überzeugend und durch geeignete Persönlichkeiten vertreten wird. Auch heute noch gibt es einen großen Wählerkreis, der auf der Suche nach der richtigen politischen Heimat ist. Die Polarisierung auf die beiden Parteien CDU und SPD zeugt nur dafür, daß die FDP seit langem als nicht mehr ausreichend attraktiv angesehen wird.

Käme es im Herbst zu einer Niederlage der FDP in Hessen und Bayern, so müßte das entsprechende innerparteiliche Folgen haben. Alsdann nämlich könnten Männer wie etwa der Innenminister Genscher oder selbst Willy Weyer einem weiteren Abgleiten in die Bedeutungslosigkeit nicht tatenlos zusehen oder es gar decken.

Ein etwaiger Ausschluß Zoglmanns würde zwar die Koalitionsmehrheit zahlenmäßig zunächst nur unbedeutend schwächen. Aber schon ist sicher, daß hiermit eine Krise der Freien Demokraten eingeleitet würde, die zu einem Zerfall dieser Partei führen kann. Dann allerdings ist es fraglich, ob diese Bundesregierung wirklich drei weitere Jahre der Legislaturperiode durchzustehen vermag. Manchmal gewinnt man den Eindruck, als sei die Opposition an einem schnellen Regierungswechsel nicht sonderlich interessiert. Die Entwicklung in der FDP könnte jedoch eine Situation auslösen, die nicht mehr die Freien Demokraten allein, sondern alle Parteien des Bundestages vor neue Überlegungen stellt.

Polen will über Moskau-Vertrag hinausgehen

„Denkpause“ soll Bonn zur völkerrechtlichen Anerkennung der Oder-Neiße-Linie veranlassen

Wenn wir die Auffassung vertreten haben, daß durch den deutsch-sowjetischen Vertrag die Grenzen in Europa festgeschrieben werden sollen, so stehen wir mit dieser Meinung keineswegs allein. Ein eklatantes Beispiel hierfür ist die Tatsache, daß sich Polen nun Zeit nehmen wird, bevor man mit Bonn zu neuen Verhandlungen zusammentritt. In Warschau nämlich scheint man darüber verärgert — auch wenn amtliche Stellen sich hierzu nicht geäußert haben — daß Staatssekretär Bahr in einem Interview hinsichtlich der völkerrechtlichen Anerkennung der Oder-Neiße-Linie die Meinung vertreten hat: „Es ist (juristisch gesehen) völlig klar, daß dies kein Friedensvertrag ist; es ist völlig klar, daß eine völkerrechtliche Anerkennung der Grenzen durch die Bundesrepublik nicht möglich ist.“

In Polen jedoch ist man anderer Meinung und vertritt die Auffassung, daß der deutsch-sowjetische Vertrag bereits die derzeitigen Grenzen

in Europa festschreibe; man erachtet es aber erforderlich, daß in einem Vertrag, der zwischen Warschau und Bonn abzuschließen ist, eine eindeutige Festlegung entsprechend den polnischen Vorstellungen erfolgt. In der Praxis bedeutet das, eine Formulierung zu finden, die über den Text des deutsch-sowjetischen Vertrages hinausgeht. Äußerungen des Parteichefs Gomulka und von Außenminister Jendrychowski lassen mit aller Deutlichkeit erkennen, daß es den Polen um eine Formel geht, die „die Unantastbarkeit für immer“, also eine faktische Anerkennung der derzeitigen Demarkationslinie als polnischer Westgrenze beinhaltet.

In Polen beobachtet man sehr genau die innerpolitischen Vorgänge in der Bundesrepublik. Es ist keineswegs ausgeschlossen, daß man die Denkpause auch aus dem Grunde verlängern will, weil man abwarten möchte, wie sich die Verhältnisse in der FDP gestalten. Man berücksichtigt sicherlich auch, daß innerhalb der

Sozialdemokratischen Partei nicht alle Abgeordneten bereit sein werden, für eine Formel zu stimmen, die eben eine völkerrechtliche Anerkennung der Grenzen bedeuten würde.

Auf der anderen Seite hofft man in Warschau, daß sich die Regierung doch mit der Opposition verständigen könnte und die Äußerung einiger Abgeordneter der CDU, die kürzlich nach Polen gereist waren, werden so interpretiert, als wachse auch bei den Christdemokraten in zunehmendem Maße Verständnis für die polnischen Wünsche und eben für die vielzitierten „Realitäten“.

Inzwischen ist man in Warschau bemüht, weitere Verbündete für die eigene Politik zu finden. So weisen Beobachter darauf hin, daß eine Delegation der französischen Nationalversammlung, die sich zur Zeit in Polen aufhält, in einer besonders bevorzugten Weise behandelt wird. Gerade weil man weiß, daß der französische Staatspräsident Pompidou in absehbarer Zeit nach Moskau reisen wird, will man in Warschau zum Ausdruck bringen, daß in Fragen der Ostpolitik keineswegs nur Bonn am Zuge ist, sondern man will die Bedeutung Frankreichs und der französischen Politik unterstreichen.

Es dürfte daher an der Zeit sein, auch unseren polnischen Gesprächspartnern ernsthaft darzulegen, daß sich die bundesdeutsche Bevölkerung in ihrer Mehrheit zwar an einem deutsch-polnischen Ausgleich und an einer friedlichen Zusammenarbeit gelegen, daß sie aber auch weiterhin einer Anerkennung der Grenzen kritisch und zu einem erheblichen Teil ablehnend gegenübersteht. In Polen sollte man wissen, daß ein Abkommen, das einer völkerrechtlichen Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als der Westgrenze Polens gleichkommt, eine Zweidrittelmehrheit im Bundestag benötigt. Es ist aber schwerlich anzunehmen, daß sich im Bundestag diese Mehrheit findet. Eine Lösung unterhalb dieser Zweidrittelmehrheit zu finden, mag vielleicht versucht werden. Sie würde, wie es scheint, in Polen wenig Gegenliebe finden und sie könnte bei uns nicht an der Tatsache vorbeiführen, daß ein deutsch-polnisches Abkommen kein Vorgriff auf einen Friedensvertrag sein kann.

O. S.

Berlin wird zum Prüfstein

Moskau ist mit der Entwicklung in Europa sehr zufrieden

In diplomatischen Kreisen in Moskau wird die Auffassung vertreten, daß Ministerpräsident Kossygin bereits im Oktober in die USA reisen wird, wobei der äußere Anlaß dieser Reise der 25. Jahrestag der Gründung der Vereinten Nationen in New York sein wird. Sowjetpolitiker vertreten die Meinung, der Moskauer Vertrag mit der Bundesregierung habe hinsichtlich der Anerkennung des Status quo in Europa einen wichtigen Schritt weitergeführt und im eigenen osteuropäischen Bereich sei es der Sowjetunion gelungen, alles wieder fester in den Griff zu bekommen, wobei insbesondere die Beruhigung in der CSSR und die Verminderung der Spannungen mit Rumänien gemeint sind. In Nahost bahnt sich eine Lösung der Konflikte an, die ganz offensichtlich im sowjetischen Sinne liegt.

Auf diesem Hintergrund erwarten Westdiplomaten, daß die Sowjets alsbald hinsichtlich Berlins ihr „Poker“ auf den Tisch legen. Zwar soll Moskau bereit sein, technische Zugeständnisse zu machen, die sich vor allem auf eine Erleichterung des Berlin-Verkehrs beziehen, jedoch will man an der sowjetischen Auffassung, daß West-Berlin eine selbständige politische Einheit sei, keinen Zweifel aufkommen lassen.

Berlin schält sich demnach nach westlichen Vorstellungen immer stärker als Prüfstein für die Auswirkungen des deutsch-sowjetischen Vertrages heraus, wobei sich bald zeigen dürfte, inwieweit die Entspannung ein Wunschdenken bleibt oder zur Realität wird.

Bolko Freiherr von Richthofen:

Harte Kritik an Bonner Ostpolitik

Das internationale Osteuropa-Komitee lehnt Moskauer Vertrag entschieden ab

Dem Ausschuß „Comité de l'Est Européen (COFILE)“ in Paris gehören besonders angesehenen Persönlichkeiten des französischen öffentlichen Lebens, darunter mehrere Senatoren und der einstige Präsident des Senates der Republik Frankreich, G. Monnerville, an sowie gleichfalls namhafte Vertreter mittel- und osteuropäischer Völker. Das Komitee beschloß eine vom geschäftsführenden Ausschuß einstimmig gebilligte Protesterklärung gegen die sogenannte deutsche Ostpolitik. Die Erklärung wurde als Brief bereits am 19. 8. 1970 zur Unterrichtung an Bundespräsident a. D. Dr. Rainer Barzel MdB sowie in Abschrift an Verleger Axel Springer aus Paris abgesandt, für den geschäftsführenden Ausschuß des COFILE unterzeichnet durch den polnischen Journalisten Jan Pawlowski, ferner durch E. Rigoni und General a. D. P. Vanuxem. Am Tage der Niederschrift der vorliegenden Mitteilung, d. h. am 26. 8. 1970 war sie leider in Deutschland noch nicht veröffentlicht. Der Hauptteil lautet, vom Unterzeichneten aus dem Französischen ins Deutsche übersetzt, wie folgt:

„Der Vertrag Scheel—Gromyko trägt alle Kennzeichen des berüchtigten Ribbentrop-Molotow-Paktes. Die Kernfragen sind gleichfalls die polnischen Grenzen. Man darf aber nicht vergessen, daß sich das polnische Volk seit 1945 niemals frei für die Annahme oder Verwerfung der ihm zuerst durch Jalta und Potsdam, dann durch das Abkommen Scheel—Gromyko aufgezwungenen Grenzen äußern konnte. Daß Herr Brandt sich mit der jetzigen Grenze Polens einverstanden erklärt, bildet eine klare Bestätigung des Abkommens Ribbentrop-Molotow, das die russische Grenze im Bug gezogen hat. Noch schlimmer: Der Vertrag Scheel—Gromyko verstärkt die Breschnew-Doktrin. Dabei benutzen die beiden Unterzeichnerparteien ihre Überlegenheit, in Angelegenheiten dritter Staaten zu entscheiden. Kraft welchen Rechtes will die SPD-Regierung in einem mit Russen geschlossenen Vertrag über die polnischen Grenzen sprechen? Das erinnert uns lebhaft an andere deutsch-russische Verträge, die einst ohne Zustimmung der unmittelbar betroffenen Völker geschlossen wurden.“

Die Frage der deutsch-polnischen Grenzen darf „endgültig“ erst durch unmittelbare Verhandlungen zwischen Deutschen und Polen geregelt werden. Es versteht sich, daß nur eine einer national freien Abstimmung entsprossene polnische Regierung die Anerkennung des Rechtsanspruches zum Abschluß solcher Verhandlungen durchsetzen könnte.

Wir müssen Herrn Brandt auch widersprechen, daß er vor den Mikrofonen des Deutschen Fernsehens erklärte, der Vertrag von Moskau „bedroht niemand und bringt niemandem, wer es auch sei, irgendeinen Schaden. In Wirklichkeit bedroht dieser Vertrag die Freiheit der meisten osteuropäischen Völker und dabei an erster Stelle diejenige der Polen.“

Brandt sagt nichts von der Tatsache, daß der Vertrag die russische Besatzung aufwerten und die kommunistischen Diktaturen verstärken muß. Der Vertrag von Moskau findet keine Zustimmung bei den Polen oder einer anderen Nation hinter dem Eisernen Vorhang.

Daß die SPD kein ruhiges Gewissen hatte, als sie den Schutz der Russen (zweckmäßiger ist, in solchen Zusammenhängen zu sagen der Sowjetregierung, da es auch sehr viele regimegegnerische Russen gibt, B. v. R.) suchte oder die Zugeständnisse an die „Kommunisten in Warschau vervielfachte, beweisen am besten alle Erklärungen aus ihren eigenen Reihen, daß ihre Ostpolitik die bedingungslose Unterstützung der westlichen Verbündeten habe. Es genügt jedoch, demgegenüber die Meinungen der höchstens für die französische und amerikanische Politik Verantwortlichen anzuführen, um sich darüber Rechenschaft abzulegen, daß die Behauptungen von Herrn Brandt in nichts der Wahrheit entsprechen.“

Es wäre keineswegs übertrieben, zu sagen, daß Herr Brandt den Führern im Kreml ein unerwartetes Geschenk gemacht hat, dessen Wert denjenigen von allem weit übersteigt, was sie bisher dank der Gefälligkeit von Herrn Ulbricht erhalten konnten.

Gewiß, die Angelsachsen würden von ihrer schweren Verantwortung entlastet sein, die sie

durch die Tatsache ihres Verhaltens in Jalta und Potsdam auf sich genommen haben. Aber die genannten Abkommen bestimmten sehr klar, daß es sich nur um eine vorübergehende, also zufällige ungewisse Lösung und nicht um eine Regelung handelt. Der Vertrag von Moskau nimmt jedoch den Bestimmungen von Potsdam ihr nur bedingtes Gepräge, um sie zu bestätigen. Das bedeutet eine wesentliche Veränderung.“

Der Übersetzer möchte an dieser Stelle unterstreichen: Zugunsten aller beteiligten Völker steht fest, daß der Vertrag völker- und menschenrechtswidrige Entschiede im Gegensatz zu bindenden Verpflichtungen aller beteiligten bzw. betroffenen Staaten festzuschreiben sucht und dadurch rechtlich ungültig ist. Die Pariser Erklärung fährt fort:

„Es steht den Deutschen zu, zu sagen, in welchem Ausmaß der Vertrag Scheel—Gromyko die westdeutsche Verfassung verletzt und die politische, soziale und moralische Ordnung der deutschen Gesellschaft gefährdet. Sicher aber

Polnische Presse:

Warschaus fromme Wünsche

Ein Zusammenbruch der Vertriebenenverbände wird erhofft

Das Zentralorgan der „Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei“, die „Trybuna Ludu“ (Volkstribüne), gab der Erwartung Ausdruck, daß die Vertriebenenorganisationen in der Bundesrepublik infolge eines inneren „Gärungsprozesses“ allmählich zusammenbrechen, forderte aber gleichzeitig die Bundesregierung und die von der SPD gestellten Länderregierungen auf, diesen angeblichen „Prozeß“ des Dahinschwindens der „Umsiedlerverbände“ mit allem Nachdruck zu beschleunigen. Insbesondere Bonn solle dafür sorgen, daß die „Berufsumsiedler ihre Basis verlieren“.

Die „Trybuna Ludu“ behauptete, in den Landsmannschaften der Heimatvertriebenen habe ein „Gärungsprozeß“ eingesetzt, zumal bereits „ein Umsiedler“, nämlich der SPD-MdB Wende, seinen Austritt aus der Schlesischen Landsmannschaft erklärt habe und auch die Seliger-Gemeinde nicht mit dem Kurs der Sudetendeut-

sch den Landsmannschaft einverstanden sei. Die „revisionistische Aktivität“ der Vertriebenenorganisationen habe nur solange als „Idylle“ andauern können, bis die neue Bundesregierung der sozialdemokratisch-liberalen Koalition sich entschlossen habe, „die Realitäten des Zweiten Weltkrieges zu akzeptieren“. Daraufhin sei es zwangsläufig zum „Konflikt“ zwischen der Bundesregierung und den „reaktionären Umsiedlerpolitikern“ gekommen.

Das polnische Partei-Zentralorgan fügte hinzu, die „Bundesregierung und die Regierungen jener Bundesländer, wo die SPD an der Macht ist“, könnten sehr wohl den „Gärungsprozeß im Umsiedlerverband“ — gemeint ist der „Bund der Vertriebenen“ — Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände — fördern; denn sie verfügten über „umfassende Möglichkeiten zur wirksamen Drosselung der Aktivität reaktionärer Umsiedlerpolitikern“.

Mao:

Gibt es Frieden zwischen Katze und Mäusen?

Die Kernfrage bleibt unser Bündnis zur westlichen Welt — Schutz darf keine Fiktion werden

Frieden — so hat Mao Tse-tung gesagt — gibt es zwischen zwei Katzen, doch nicht zwischen einer Katze und lauter Mäusen. Die Sicherheit unseres Kontinents ist zwar auch in gewissem Maße vom Gewaltverzicht zwischen Bonn und Moskau, aber weit mehr noch vom Nordatlantikpakt und damit von der Präsenz amerikanischer Truppen auf europäischem Boden abhängig. Diese Tatsache sollte in der Bundesrepublik eigentlich besser begriffen werden als in anderen Ländern der Alten Welt. Am östlichen Rand des westlichen Territoriums und daher unausweichlich im Zentrum der Spannungen gelegen, für sich allein zur Verteidigung nicht fähig, schmal wie ein Handtuch, dicht besiedelt und durch den hohen Grad seiner Industrialisierung äußerst empfindlich, muß unser Land besonders an einer realistischen Strategie interessiert sein, die zu verhindern vermag, daß Krisen zum Krieg entarten. Was sich politisch im Streben nach Entspannung ausdrückt, bedarf daher weiterhin eines militärischen Instrumentariums zur Abschreckung, das aus der Kraft der Europäer allein nicht herstellbar ist, sondern das das unmittelbare Engagement der Amerikaner voraussetzt.

Die Streitkräfte des transatlantischen Partners sind nun freilich nicht um unserer schönen blauen Augen willen diesseits des Ozeans stationiert. Sie stehen hier im eigenen Interesse der USA, die gezwungen sind, ihre Position als Welt-

macht gegenüber der UdSSR zu bewahren. Die Protektion, die Washington dem westlichen Europa gewährt, wiegt das Gewicht auf, das Moskau dank seiner Hegemonie im östlichen Europa hat. Wenn folglich die Vereinigten Staaten ihre militärische Präsenz in der Bundesrepublik schwächen, wird der politische Einfluß der Sowjetunion auf unserem Erdteil unvermeidlich gestärkt — nach ähnlichen Regeln wie das physikalische Gesetz der kommunizierenden Röhren.

Steigendes Risiko

Die Unersetzbarkeit amerikanischer durch europäische Truppen zeigt sich konkreter noch beim Nachdenken über die militärischen Erfordernisse: Da der Nordatlantikpakt, der sich hier in der Situation eines Brückenkopfes befindet, die konventionelle Überlegenheit des von der riesigen UdSSR beherrschten Warschauer Paktes niemals ausgleichen kann, ist er auf die atomare Garantie Amerikas für Europa angewiesen. Mit der Kürzung des NATO-Kontingentes der Amerikaner würde sich ihr Schild aus Kernwaffen über Europa von einem Faktum zu einer Fiktion reduzieren. Weil das Engagement des überseeischen Bundesgenossen vor allem wegen seiner Qualität in der nuklearen Substanz Bedeutung hat, müßte die Verminderung seiner Quantität von einer effektiven zu einer symbolischen Größe die Demontage der Abschreckung bewirken. Trotz aller Friedensversprechungen wüchse eben darum das militärische Risiko einer Presion aus dem Osten, während die politische Chance des allmählichen Ausgleichs auf der Basis des Status quo schrumpfte. Das Projekt einer „Mutual Balanced Force Reduction“, einer gleichzeitigen und gleichwertigen Verringerung der Truppen des Westens und des Ostens in Mitteleuropa, müßte scheitern, wenn Moskau, das dem Geschäft ohnehin bisher nicht sonderlich zuneigt, sich ausrechnen dürfte, das es von Washington demnächst geschenkt bekommt, was es jetzt mit einem fairen Preis bezahlen soll.

Sog der Isolation

Bonn wird allerdings berücksichtigen müssen, wie tief Washington im Dilemma steckt. Seit langem erobert darüber, daß die Europäer zu wenig für ihre Verteidigung leisten, sind die Amerikaner — zumal, da sie im Vietnam-Konflikt militärisch, politisch und moralisch die erste Niederlage ihrer Geschichte zu erleiden drohen — in den Sog neo-isolationistischer Stimmungswellen geraten. Damit hat die Regierung der USA — obwohl es ihren eigenen Einsichten zuwiderläuft — psychologisch fertig zu werden. Zudem weiß sie nach kühler Zukunftskalkulation, daß sie gezwungen sein dürfte, eine Menge Geld in die Raketenrüstung zu investieren, da die Gespräche mit der Sowjetunion, die auf eine Beschränkung der Arse-

Zarapkin sucht Moskau-Reisende

Unionspolitiker bevorzugt

Der Bonner Sowjetbotschafter Semjon Zarapkin beabsichtigt, noch vor der Debatte über die Ratifizierung des Moskauer Vertrages im Bundestag einige Unionspolitiker zu einer Moskau-reise einzuladen. Namen wurden nicht genannt, doch heißt es gerücheweise, daß solche Politiker bevorzugt würden, die gegenüber dem Vertrag eine unentschlossene Haltung eingenommen haben. Man denkt auch an Parlamentarier, die nach Besuchen in Warschau einen der offiziellen Parteilinie entgegengesetzten Kurs befürworten. Die Einladungen sollen voraussichtlich im November realisiert werden, da mit der Ratifizierungsdebatte Anfang Dezember, also nach den Landtagswahlen in Bayern und Hessen, gerechnet wird. Nach erfolgter Ratifizierung, die er offenbar bereits als gesichert ansieht, will Zarapkin Bonn verlassen, um seinem Nachfolger, dem Deutschlandexperten im sowjetischen Außenministerium, Falin, Platz zu machen. Auch der deutsche Botschafter Dr. Allardt soll dann von der Bundesregierung nach Bonn zurückgerufen werden.

SED-Initiativen?

Für Mitte September erwartet

In Bonner politischen Kreisen erwartet man Mitte September eine Initiative der SED-Regierung in der Deutschland- und Berlin-Politik. Diese dürfte zunächst darin bestehen, daß Ost-Berlin die von Bundeskanzler Willy Brandt vorgeschlagenen Expertengespräche über die weiteren Beziehungen zwischen West- und Mitteleuropa ablehnen und statt dessen ein drittes Gipfeltreffen Stoph-Brandt vorschlagen wird. Als zweiten Schritt erwartet man die — von Moskau — unterstützte Forderung der SED-Regierung, an den Berlin-Gesprächen der vier Großmächte beteiligt zu werden. Man hält es nicht für ausgeschlossen, daß sie damit Erfolg haben wird, nachdem Moskau eine Anzahl von Kontrollrechten an die „DDR“ abgetreten hat und vermutlich auch darauf bestehen wird, daß diese, um spätere Komplikationen zu vermeiden, direkt an der Botschafterkonferenz teilnehmen soll.

nale an strategischen Waffen abzielen, bestenfalls quantitative Teilabsprachen, aber kein qualitatives Gesamtarrangement zeitigen dürften. Das Land der einst unbegrenzten Möglichkeiten spürt den Druck, an seinem Wehraufwand außerhalb des Heimatgebietes zu sparen.

Die Forderung Amerikas, daß die Lasten des Bündnisses besser als bisher auf alle Bundesgenossen verteilt werden müssen, richtet sich zwar ganz allgemein an alle Alliierten in Europa, wendet sich aber dennoch in erster Linie an die Bundesrepublik, die das militärische Engagement des Partners aus der Neuen Welt politisch am meisten braucht. Mit beschwörenden Worten wird Bonn die Disengagement-Tendenzen in Washington nicht eindämmen können. Wir Deutschen sollten verstehen, daß wir den Amerikanern das Hierbleiben zu erleichtern haben — durch Taten, die teuer sind. Doch: Werden wir das gerade jetzt verstehen, da viele von uns in der euphorischen Einschätzung der Westpolitik der UdSSR blind für die Erfordernisse unserer eigenen Westpolitik zu werden scheinen?

Das Ostpreußenblatt

Herausgeber:

Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Chefredakteur:

Hugo Wellems

Verantwortlich für den politischen Teil

Stellv. Chefredakteur:

Ruth Maria Wagner

Kultur, Unterhaltung, Frauenseite

Geschichte, Landeskunde und Aktuelles:

Hans-Ulrich Stamm

Soziales, Jugend, Heimatkreise, Gruppen:

Horst Zander

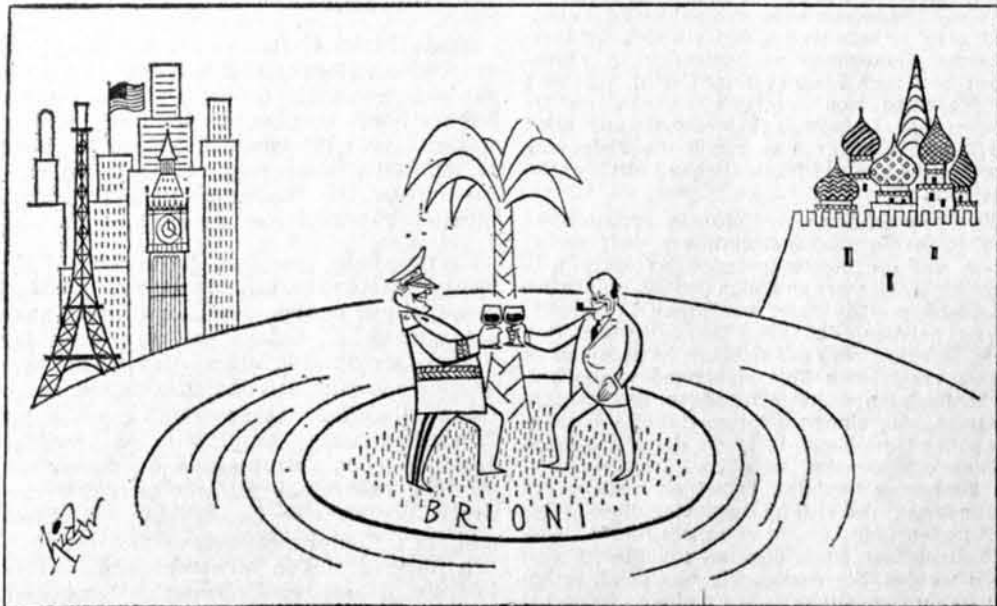
Bonner Redaktion:

Clemens J. Neumann

Anzeigen:

Heinz Passarge

Das Ostpreußenblatt ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der Landsmannschaft Ostpreußen. Bezugspreis monatlich 2,40 DM. Postcheckkonto für den Vertrieb: Postcheckkonto Hamburg 84 26. Verlag, Redaktion, Anzeigenabteilung: 2 Hamburg 13, Parkallee 86. Telefon 45 25 41 / 42. Bankkonto: Hamburgische Landesbank, Girozentrale, Konto-Nr. 192 344. Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet. Für Rücksendung wird Porto erbeten. Postcheckkonto für Anzeigen: 907 00 Postcheckkonto Hamburg. Druck: Gerhard Routenberg, 295 Leer, Norderstraße 29/31. Ruf 04 91/42 88. Für Anzeigen gilt Preisliste Nr. 17.



Wie andere es sehen:

„Auf die Freiheit, Herr Wehner, auf die Blockfreiheit ...!“

aus „Die Welt“

Es erhebt sich die nüchterne Frage: Hat uns der Vertrag genützt oder geschadet? Hat er die Wiedervereinigung gefördert oder die Chancen dafür verschlechtert? Die Bundesregierung glaubt, eine spätere Wiedervereinigungs-Möglichkeit dadurch erhalten zu haben, daß sie der Sowjetregierung in einem Brief mitteilte, daß der Vertrag ihrer Meinung nach nicht im Widerspruch zum friedlichen Streben nach der Einheit stehe. Ferner meint sie, den gleichen Effekt durch die Zitierung des Adenauer-Bulganin-Briefwechsels vom 13. 9. 1955 erreicht zu haben, in dem das Streben nach der Einheit ebenfalls erwähnt wurde. Eine äußerst schwache juristische Grundlage! Denn dieser Gesichtspunkt ist eben nicht Vertragsbestandteil geworden. Auch sind die Sowjets jederzeit in der Lage, Schritte der Bundesregierung, die auf die Wiedervereinigung hinzielen, als „unfriedliche“ zu disqualifizieren.

Weit schwerwiegender aber als diese schattenhafte Reminiszenz an früheres Streben nach deutscher Einheit bleibt die harte Tatsache, daß die Grenze zur DDR als „unverletzliche“ anerkannt wurde, wodurch die Teilung Deutschlands durch unsere Unterschrift die völkerrechtliche Sanktion der Endgültigkeit erhalten hat. Hat der Vertrag unsere Sicherheit verstärkt oder vermindert?

Die Bundesregierung meint, es sei ihr gelungen, den sowjetischen Interventionsanspruch, der auf den Artikeln 53 und 107 der UNO-Charta beruht, zu beseitigen, weil im Artikel 2 des deutsch-sowjetischen Vertrages der Artikel 2 der UNO-Charta zitiert wird. Dieser Artikel 2 der UNO-Charta proklamiert die Gewaltlosigkeit als allgemeines zwischenstaatliches Prinzip. Hingegen sind die ominösen Artikel 53 und 107 der UNO-Charta keineswegs im deutsch-sowjetischen Vertrag als unanwendbar bezeichnet. Da sie die speziellere Bestimmung im Vergleich zum Artikel 2 sind, und da die Sowjetregierung sie durch Note vom 21. 11. 1967 ausdrücklich für geltendes Recht erklärt hat, wären sie nur dann annulliert worden, wenn dies im deutsch-sowjetischen Vertrag ausdrücklich stipuliert worden wäre.

Hat der Vertrag die Lage der Menschen in der DDR verbessert bzw. den Auftakt zu einer Verbesserung geschaffen oder hat er ihre Lage verschlechtert?

Willy Brandt hat in seiner Fernsehansprache am 12. 8. den Jahrestag der Errichtung der

Noch schlimmer ist der Vertrag für die Vertriebenen: Die SPD/FDP-Regierung hat feierlich auf die deutschen Lande jenseits von Oder und Neiße verzichtet. Ein ungeheuerlicher Vorgang! Denn dieser Verzicht erfolgte ohne Notwendigkeit! Bundestagspräsident von Hassel hat einmal den klugen Gedanken geäußert, man solle in Zeiten, in denen alles in Bewegung ist, keine endgültigen Entscheidungen fällen, die die Türen für unerwartete spätere Veränderungen zuschlagen. Kein Passus des Vertrages zeigt so deutlich wie dieser, daß der Vertrag der Sanktionierung durch eine qualifizierte Mehrheit des Bundestages bedarf. Denn wenn das Grundgesetz bestimmt, daß dies im Falle eines Friedensvertrages notwendig ist, so gilt dies erst recht für einen Vertrag, der eine viel tiefergreifende Wirkung hat als ein typischer Friedensvertrag, einen Vertrag nämlich, durch den auf ein Viertel des rechtlich zu Deutschland gehörigen Staatsgebietes verzichtet wird.

Der Vertrag behandelt nicht die Berlin-Frage. Die Regierung will ihn erst ratifizieren, wenn die vier Mächte eine befriedigende Lösung dieses Problems gefunden haben. Die ganze Schwäche der Bundesregierung zeigt sich hier: denn es liegt nun im Belieben der Westmächte, den ganzen, mit so viel Brimborium gefeierten Vertrag mit der Sowjetunion scheitern zu lassen, wenn es ihnen paßt.

Hat der Vertrag den permanenten ideologischen und politischen Druck des Weltkommunismus auf die Bundesrepublik gemildert?

Die Antwort kann schon jetzt, wenige Tage nach Vertragsabschluß gegeben werden: Schon jetzt haben das sowjetische Armee-Organ „Krasnaja Swesda“, polnische und DDR-Zeitungen neue Schimpfkanonaden gestartet. Überraschen kann das nur die unendlich Harmlosen: denn die Ursache der Feindschaft der kommunistischen Staaten ist durch den Vertrag nicht beseitigt worden: Das Fernziel des Weltkommunismus bleibt die Vernichtung des „Kapitalismus“, der „kapitalistischen Hauptmacht“ USA und ihrer Verdrängung vom europäischen Kontinent. Nach wie vor richtet sich dieser Kampf konsequenterweise auch und in besonderem Maße gegen den wichtigsten Verbündeten der USA, die Bundesrepublik.

Untersuchen wir nun die Frage: Was hat der Vertrag der Sowjetunion genützt oder geschadet?

Die Sowjetunion hat die Anerkennung ihres



Besuch in Washington: Kanzler Kiesinger bei Nixon

Rückschlag aller auf Autonomie und Selbstbestimmung gerichteten Tendenzen, wie sie Dubcek versuchte und Ceausescu versucht;

für die Anhänger eines freiheitlich-humanen Sozialismus wie Amalrik und Sacharow eine tiefe ideologische Entmutigung: die Freie Welt ist ihnen in den Rücken gefallen!

Lieferung von Waffen an die Sowjetunion ist die langfristige Stärkung ihres Industrie-Potentials. Denn Waffen veralten schnell. Aber die Lieferung kompletter Fabriken und Industriebetriebe stärkt auf lange Sicht das wichtigste Element der Sowjetmacht. Was uns heute schützt, ist, außer der NATO und dem US-Bündnis, die Tatsache, daß das sowjetische Industrie-Potential dem westlichen nicht gewachsen ist. Diese Tatsache zwingt die Sowjetunion, die harte Auseinandersetzung mit der feindlichen, kapitalistischen Welt aufzuschieben. Wehe, wenn sich dieser Zustand ändert! Dann wäre das Ende nicht fern. Wer den Sowjets in diesem Punkte hilft, ist, auf lange Sicht gesehen, der Totengräber der Freiheit!

Nicht geringer ist ein psychologisch-politischer Fehler, den die Bonner Machthaber mit Sicherheit begehen:

Bis zur Großen Koalition waren sich alle politischen Parteien und alle Bürger unseres Landes wenigstens in einem Punkte einig: daß der Kommunismus eine böse Sache ist und daß man sich gegen Infiltration und Aggression des Weltkommunismus zur Wehr setzen muß. Das ist anders geworden. Obwohl die Gefahr wenigstens einem Teil der Bonner Machthaber bewußt ist, hält man es für klug und für taktisch notwendig, sie nicht zu erwähnen. Die Massenmedien haben das Ihrige dazu getan, demokratische Wachsamkeit gegenüber der kommunistischen Bedrohung als „kleinbürgerlich“, „reaktionär“ oder „faschistisch“ hinzustellen. Schon jetzt ist das Bewußtsein dieser Gefahr in der Mentalität eines großen Teiles unseres Volkes völlig geschwunden.

Das große Schweigen

Es ist sicher, daß die Machthaber in Staat und Massenmedien diese katastrophale Entwicklung nun im verstärkten Maße fortsetzen werden. Kein Wort der Wahrheit mehr über Zustände in kommunistischen Staaten, kein Wort von Terror, KZs, Unterdrückung des Individuums — es könnte ja der „deutsch-russischen Freundschaft“ schaden! Daß von den bösartigen und für uns tödlichen Absichten und Fernzielen des Weltkommunismus nicht mehr gesprochen werden darf, versteht sich am Rande!

Resultat: Der psychologische Widerstand gegen die kommunistische Propaganda wird beseitigt. Im Gegenteil: Es wird ein Zustand der Aufnahmebereitschaft, der Empfänglichkeit, künstlich geschaffen. Der Nährboden für die kommunistische Aktivität zur Unterhöhlung der Demokratie wird bereitet: DKP und Tarnorganisation, Links-Intellektuelle und APO werden es leicht haben!

Die Bundesregierung wird den Fehler, der zum deutsch-sowjetischen Unterwerfungsvertrag führte, nämlich die irrige Vorstellung über die Fernziele des Kreml, vertiefen und vergrößern: Schon am 25. 2. 1970 äußerte Brandt die Hoffnung, die amerikanische Präsenz in Europa werde eines Tages nicht mehr nötig sein, wenn die Sicherheit Europas durch eine Europäische Friedensordnung, d. h. durch Versprechungen und „Garantien“ der Sowjetunion „gesichert“ sei!

Hans Heigert hoffte im Fernsehen, der amerikanische Schutz werde eines Tages weniger nötig sein und der DGB meint, man könne die Rüstungsanstrengungen vermindern.

Diese Bundesregierung befindet sich in einer Eskalation selbstmörderischer Euphorie: Ihr „Glaube“, daß sich der Tiger in ein Lamm verwandelt habe, ist ihr in Moskau bestätigt worden. So wird sie geneigt sein, die bisherigen Maßnahmen zur Abwehr des Tigers zu ersetzen durch ein Verhalten, wie es dem Lamm gegenüber am Platze ist.

Sollen wir Deutschen tatenlos zusehen, wie unser Staatsschiff vom amerikanischen abgekoppelt und an das sowjetische angehängt wird?

Die Gefahr des Kurswechsels

Vom Potomac an die Moskwa

Auch nach dem Vertrag ist Moskaus Fernziel unverändert geblieben

Mauer erwähnt und erklärt, es sei „ein Anfang gesetzt“ worden, „damit Menschen nicht mehr im Stacheldraht sterben“.

Wir haben dem Bundeskanzler stets seine persönliche Redlichkeit bestätigt und seine Fehler auf seine Naivität zurückgeführt. Hier und jetzt aber muß man an dieser Redlichkeit zweifeln. Brandt weiß doch ganz genau, daß Ulbricht, selbst wenn er es wollte, die Mauer, den Todesstreifen und das Reiseverbot gar nicht abschaffen könnte, weil dann Millionen der vom Kommunismus versklavten Menschen den Marsch in die Freiheit antreten und die DDR einen unerträglichen Aderlaß an Arbeitskraft erleiden würde.

Für die Menschen im kommunistischen Teil Deutschlands bringt der Vertrag nicht die geringste Besserung. Er bringt sogar, psychologisch gesehen, eine tiefgreifende Verschlechterung: denn die Deutschen in der DDR wissen nun: die im freien Teil Deutschlands Herrschenden haben sie endgültig abgeschrieben und ihrem Schicksal überlassen.

durch die Eroberung des Zweiten Weltkrieges geschaffenen Besitzstandes in Osteuropa erhalten: Der Beraubte hat dem Räuber feierlich bestätigt, daß ihm der Raub „rechtsmäßig gehört“. Dies bezieht sich auch auf den Besitzstand der Satelliten: der DDR, der CSSR, Polens. — Es ist wichtig, daß diese Anerkennung nicht in Einzelverträgen mit den Kleinen erfolgt ist, sondern durch den Generalvertrag mit dem großen Räuber: damit ist dessen Hegemonie über die Kleinen feierlich sanktioniert.

Wieder einmal hat die SPD das Gegenteil von dem getan, was sie versprochen: Sie wollte doch die Auflockerung des Ostblocks betreiben! Das klägliche Resultat ihrer Politik: sie hat das genaue Gegenteil erreicht: die Verfestigung des Ostblocks und die Hegemonie der Sowjetunion darin!

Damit hat die Sowjetunion (kommunistisch-ideologisch gesehen) die Anerkennung der Breschnew-Doktrin von einem nichtkommunistischen Staat erhalten. Das bedeutet

für die Staaten des Ostblocks: einen schweren

Die Sowjetunion hat nun ein Vertragsinstrument in Händen, das so vage und flexible Definition enthält, daß es ihr die zumindest politische Intervention in die Politik der Bundesrepublik erlaubt, wo immer es ihr zweckmäßig erscheinen sollte, denn in Zweifelsfällen der Auslegung sitzt der Stärkere am längeren Hebel!

Einen der wichtigsten Erfolge erzielte die Sowjetunion durch die bindende Zusage deutscher Wirtschaftshilfe, die durch die schnellstmögliche Reise Schillers und Leussinks sofort in Kraft gesetzt werden soll.

Vielleicht bedeutsamer als die bereits erzielten Resultate sind für die Sowjetmachthaber jedoch die Chancen, die sie durch den Vertrag gewonnen haben:

a) Sie dürfen hoffen, auf die EWG Einfluß zu erhalten. Sie werden sich bemühen, die Aufnahme Großbritanniens zu verhindern und ebenso die Entwicklung der EWG in einen politischen Verband, der ein Bollwerk gegen das Vordringen der Sowjetmacht sein würde. Sie locken statt dessen mit einer „gesamteuropäischen“ wirtschaftlichen und politischen Regelung;

b) sie hoffen, auf diese Weise an die Stelle des jetzigen atlantischen Systems ein „gesamteuropäisches“ zu setzen, das, nach Verdrängung der USA, der sowjetischen Hegemonie unterliegen würde.

c) Sie sehen die Chance, die NATO zu schwächen und die Tendenz zur Rüstungsverminderung der europäischen Staaten zu fördern, mit der Begründung, daß die Sicherheit Westeuropas ja nun nicht mehr gefährdet sei.

d) Sie werden sich Ruhe an der europäischen Front verschaffen, um die Hände gegenüber China frei zu bekommen.

Schlimmer als der Vertrag sind die Gefahren, die in seiner Anwendung liegen. Nüchterne Staatsmänner, die die Ziele des Weltkommunismus kennen, würden diesen Gefahren entgegenwirken können. Aber wir dürfen die traurige Gewißheit haben, daß Brandt und Scheel in alle Fallen treten werden, die die Kreml-Führer ihnen stellen:

Da ist zuerst die so harmlos klingende „wirtschaftliche Zusammenarbeit“. Sie wird bereits euphorisch und ekstatisch in den höchsten Tönen besungen. Sie bedeutet nichts anderes, als daß die Wirtschaftskraft unseres Landes soweit wie möglich für die Stärkung der Sowjetwirtschaft eingesetzt wird: Unsere Wirtschaftskraft und vielleicht die ganz Westeuropas eilt der Sowjetwirtschaft zu Hilfe. Dadurch erhält die Sowjetunion die Möglichkeit, gleichzeitig ihre gewaltige konventionelle Rüstung weiter zu verstärken, teure und langfristige Unternehmen wie die Atom- und Raketenrüstung voranzutreiben, ihre murrende Bevölkerung mit Konsumgütern zu versorgen und (das ist das Wichtigste!) ihr Industrie-Potential auszubauen, Ziele, die sie ohne unsere Hilfe niemals gleichzeitig verwirklichen könnte.

Es ist eine alte Erkenntnis: Schlimmer als die



Besuch in Moskau: Kanzler Brandt bei Kossygin

Foto (2): apa

Mitteldeutschland:

Ulbrichts Scheu vor geheimer Volksbefragung

Selbstbestimmung — wie die SED sie will / Von Dr. Fritz Kopp

Die SED, die als Werkzeug des sowjetischen Imperialismus entstanden ist, bekämpft seit jeher den Anspruch des deutschen Volkes, in freien und geheimen Wahlen das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen auch in bezug auf Mitteldeutschland („DDR“) und die Oder-Neiße-Gebiete zu verwirklichen. Seit mehreren Jahren bemüht sie sich deshalb, den zentralen Begriff des Selbstbestimmungsrechtes für ihre klassenkämpferischen Ziele zurechtzuschieben: Nur die deutsche Arbeiterklasse, d. h. die Funktionäre der SED und der KPD-DKP, soll nach kommunistischer Behauptung berechtigt sein, die neue revolutionäre Form der Selbstbestimmung zu verwirklichen. (Dies erarbeitete Gerhard Kegel in seiner Schrift „Was ist mit dem Selbstbestimmungsrecht der Deutschen“, Ost-Berlin 1966, deutlich heraus. — Ihre Grundzüge blieben bis heute gültig.)

Fragwürdige Auslegung

Es ist bezeichnend für die Selbstbestimmungsdoktrin der SED, daß sie geheime Volksbefragungen umgeht, so wie auch die Demokratie-Theorie der SED geheime Mehrlistenwahlen scheut. Ein charakteristisches Beispiel für diese höchst einseitige Theorie lieferte der Hallesche Ordinarius für Staatsrecht Eberhard Poppe (SED). In einem Beitrag für die regierungsamtliche „Deutsche Außenpolitik“ (1968, Nr. 5) behandelte er das Thema „Die Selbstbestimmung der Deutschen und die Menschenrechte in der DDR“. Darin stellte er, auf der Linie der deutschlandpolitischen Strategie der SED, einige Sätze auf, die dem allgemeinen Begriff von Selbstbestimmung ins Gesicht schlugen.

Poppe machte z. B. geltend (a.a.O., Nr. 5, S. 550), „daß das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen unter den gegebenen historischen Bedingungen nur als Selbstbestimmungsrecht des Volkes in jedem der beiden selbständigen Staaten deutscher Nation realisiert werden kann. Darin drückt sich die allgemeine Erkenntnis aus, daß das Selbstbestimmungsrecht jedes Volkes von dem Augenblick an, in dem es staatlich organisiert ist, in den internationalen Beziehungen grundsätzlich nur durch seine staatlichen Repräsentanten geltend zu machen ist“.

Damit sucht er jede Möglichkeit auszuschalten, die Meinung der Bevölkerung Mitteldeutschlands (der „DDR“) in einem geheimen Plebiszit zu erfragen. Seine Argumentation läuft (S. 551) entscheidend ab:

„Solange, in Übereinstimmung mit den westlichen Demokratien, die Bundesrepublik den Staat DDR nicht als solchen mit allen rechtlichen Konsequenzen achtet, negiert sie die souveräne Gleichberechtigung der DDR und damit das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen in diesem Staat“.

Dieses Ausweichen vor der geheimen Volksentscheidung, vor dem Erproben der Selbstbestimmung ist um so grotesker, als die SED ja stets versucht, das Streben nach der Selbstbestimmung als ein besonderes Verdienst des Bolschewismus hinzustellen. So hieß es im April 1970 im politischen Briefkasten der von der SED betreuten Wochenzeitung „Volksarmee“ (Nr. 15):

„Die Forderung nach dem Recht aller Völker, über die Bildung eines unabhängigen Staates,

die Form ihrer staatlichen Existenz und ihrer Gesellschaftsordnung selbst zu entscheiden, war und ist ein Kampfziel der marxistisch-leninistischen Arbeiterbewegung. Die allgemeine völkerrechtliche Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes durch die Charta der Vereinten Nationen war dem beharrlichen Kampf besonders der Sowjetunion und der Völker der Anti-Hitler-Koalition zu verdanken. Von Politikern imperialistischer Staaten benützt, nahm und nimmt sich das Wort ‚Selbstbestimmungsrecht‘ stets höchst bedenklich aus.“

„Neues Deutschland“ wird nervös

Am 22. April 1970 zeigte z. B. „Neues Deutschland“, das Zentralorgan der kommunistischen SED, wie unangenehm dieser Partei die Selbstbestimmungsgrundsätze sind, welche die gesamtdeutsch denkenden Kräfte Westdeutschlands für das ganze deutsche Volk aussprechen — d. h. also für die Deutschen der Bundesrepublik wie auch der „DDR“ (Mitteldeutschlands). — So warf das SED-Blatt der „Welt“ vor, sie habe am 18. April 1970 angedeutet, „die Diskussion um das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen“ habe letzten Endes den Zweck, „die DDR aus der sozialistischen Staatengesellschaft herauszulösen“; und Gespräche mit der „DDR“ sollten mittels des Prinzips der Selbstbestimmung diesen sozialistischen Staat auflockern, unterhöhlen und den übrigen sozialistischen Staaten entfremden.

Prag:

Säuberung selbst beim Fußball

Als Auswirkung auf die Teilnahme an den Spielen in Mexiko

Die politische Verfolgung verschont in der Tschechoslowakei jetzt auch nicht den Sport. Die Parteiführung hatte sich bisher vor Eingriffen angesichts der Beliebtheit des Sports und der Sportgrößen in der Bevölkerung gescheut. Es war schon genug, daß die Armee den Olympiasieger Zatopek maßregelte, der sich offen gegen die Okkupation des Landes ausgesprochen hatte. Jetzt hat das Präsidium des Zentralkomitees des tschechoslowakischen Verbandes für Körpererziehung sich vom Fußballbund über die Teilnahme der tschechoslowakischen Mannschaft an den Weltmeisterschaften in Mexiko berathen lassen. Es fällt auf, mit welcher Verzögerung diese Beratung erfolgt. Einen Teil des Berichtes bildete nach Radio Preßburg der Standpunkt der Kontroll- und Revisionskommission des Fußballbundes. Aus der Preßburger Sendung geht nur hervor, daß das Präsidium betont habe, nicht nur der Erfolg, sondern auch das Wie der Repräsentationen sei wichtig.

Die Repräsentation der CSSR solle sogar im Vordergrund des Interesses eines jeden Sportverbandes stehen. Im Fußballbund sei dies nicht so gewesen. Seine ganze Tätigkeit sei „auf Grund der schädlichen Tendenzen aus den Jah-

Typisch ist, daß die zentrale SED-Zeitung nicht den naheliegenden und selbstverständlichen Vorschlag des Westens zur Aussprache stellt, in geheimen Mehrlistenwahlen bzw. in geheimen Volksentscheiden die Bevölkerung Mitteldeutschlands (nebst Ost-Berlins) über grundlegende Errungenschaften des SED-Regimes abstimmen zu lassen: Über Eigenstaatlichkeit der „DDR“, ihre „volkseigene“ (bürokratisch-zentralistische) Wirtschaft, ihre kollektive Landwirtschaft, ihr „volksdemokratisches“ Einlisten-Scheinparlament usw.

„Neues Deutschland“ verwirft die Selbstbestimmung in jeder Form. Deshalb verstieg es sich am 22. April zu folgenden Sätzen:

„Die westdeutschen Machthaber wollen und wollen sich also nicht damit abfinden, daß in der DDR zum ersten Male in der deutschen Geschichte das werktätige Volk zum selbstbestimmenden Gestalter seines Schicksals wurde. Die Bonner schlagen Schaum um den Selbstbestimmungsbegriff. Offenbar glauben sie, daß wir uns dadurch täuschen ließen und das Gift schlucken, das sie uns servieren. Daraus wird nichts. Wir wissen: Was die Selbstbestimmungsrecht nennen, ist in Wahrheit imperialistische Zwangsherrschaft.“

Das Blatt der klassenkämpferischen SED mußte — beispielhaft — so schreiben, weil es nicht nach dem Wohl und der Freiheit des deutschen Volkes fragt. Es mußte so sprechen, weil es für eine totalitäre Einparteiensherrschaft kämpft, die sich durch einen volksdemokratischen Scheinparlamentarismus zu tarnen sucht.

ren 1968/69 noch immer alarmierend“. Seine Art sei es, „einseitig die materielle Seite über die moralischen und erzieherischen Werte, die ein organischer Bestandteil jeder sportlichen Tätigkeit sind“, zu erheben. Die herrschenden Verhältnisse im tschechoslowakischen Fußball bedeuteten „eine ernste Abweichung von dem sozialistischen System der Körpererziehung“. Das Präsidium habe deshalb „einige sofortige Maßnahmen“ beschlossen und gleichzeitig „Bedingungen für eine Gesamtlösung“ im tschechoslowakischen Fußball geschaffen.

Brüssel:

Bedenken bei der NATO

Gespräche über Truppenreduzierung wurden erschwert

Nach Ansicht hoher NATO-Beamter erschwert der deutsch-sowjetische Vertrag die Möglichkeit zu Gesprächen über eine beiderseitige Truppenreduzierung, die bislang das einzige Positive war, was die von Moskau so dringend gewünschte europäische Sicherheitskonferenz dem Westen zu bieten gehabt hätte. In diesem Vertrag ist nämlich die Breschnew-Doktrin von der Bundesrepublik als einzigem westlichen Land und noch dazu NATO-Mitglied, anerkannt worden. Da im Vergleich zur Sowjetunion die westlichen Großmächte gegenüber ihren Verbündeten keine derartige Doktrin in Anspruch nehmen bzw. kein Invasionsrecht geschaffen haben, wie das die UdSSR gegenüber der Tschechoslowakei praktisch ausgeübt hat, ist ein Ungleichgewicht zwischen Ost und West entstanden, dem mit einfacher Truppenreduzierung nicht beizukommen ist.

Dieses Ungleichgewicht besteht zwar unabhängig von dem deutsch-sowjetischen Vertrag, erfährt aber durch ihn eine für die NATO ungünstige Intensivierung. Denn Bonn hat, ob-



Rückenstützen

Moskau:

Wirbel um Varga-Vermächtnis

Zeitung der Fälschung beschuldigt

Aufregung hat in Moskau ein in Paris erschienen und mit einem Vorwort von Roger Garaudy versehenes „Vermächtnis“ des 1964 verstorbenen sowjetischen Professors Eugen Varga hervorgerufen. In diesem Vermächtnis schwört Varga dem Stalinismus ab und bekennt sich zu Reformideen etwa wie Togliatti oder Garaudy selbst. Der gebürtige Ungar hat viele Jahre in Moskau hinter den Kulissen bedeutenden Einfluß ausgeübt. Er besaß sogar das Vertrauen Stalins. Dank seiner Wendigkeit vermochte er jeden politischen Wechsel zu überdauern. Zeit seines Lebens hat er nie eine exponierte Stellung bezogen. Um so mehr Aufsehen erregt das jetzt veröffentlichte „Vermächtnis“. Die „Literaturnaja Gaseta“ erklärte das sog. „Vermächtnis“ für eine „weitere antisowjetische und kommunistische Fälschung“.

Das Blatt druckte einen Brief, den Vargas Witwe und Tochter unterzeichnet haben, an die Pariser „Le Monde“ ab, die das Vermächtnis auszugewiesen gebracht hatte. In dem Brief heißt es: „Wir erklären, daß Eugen Varga kein ‚Vermächtnis‘ hinterlassen hat und daß der in der Zeitung „Le Monde“ veröffentlichte Text eine böswillige Fälschung ist.“

Warschau:

Verfemter Schriftsteller gestorben

Jasienica wurde bereits seit Jahren totgeschwiegen

Die polnische Presse brachte eine kurze PAP-Meldung über die Beerdigung von Pawel Jasienica, dem „Autor vieler Bücher über historische Themen“. Im Namen des Polnischen PEN-Klubs sprach am Grabe Jan Parandowski, von dem auch Bücher in deutscher Übersetzung erschienen sind. Die Warschauer Literaturzeitschrift KULTURA bemerkte, daß Jasienica, dessen eigentlicher Name Leon Lech Beynar war, als glänzender Schriftsteller romanhaft die Geschichte von Staat und Volk behandelt habe. Zu dieser Anerkennung raffte sich die der Partei nahestehende Zeitschrift auf, „obgleich in den letzten Jahren die Stimme Jasienicas keinen Zusammenhang mit seinem authentischen literarischen Rang hatte“.

Die Behauptung bezieht sich auf die Auseinandersetzungen des Jahres 1968. Gegen die Absetzung des Stückes des Nationaldichters Mickiewicz „Ahnenfeier“ vom hauptstädtischen Theaterspielplan hatte sich eine Schriftstellerversammlung in Warschau gewandt. Zu den Mitverfassern der Resolution, die Warnungen vor der Zensur wegen der Gefahren für die polnische Kultur aussprach, gehörte Jasienica. Mit ungewöhnlicher Schärfe verurteilte Gomulka im März 1968 das Verhalten der Schriftsteller, die „in der finsternen Demagogie der Verleumdungen“ gewetteifert hätten. Jasienica bezeichnet der Parteichef als einen der Hauptorganisatoren der studentischen Demonstrationen gegen die Absetzung der „Ahnenfeier“. Kurz darauf wurde von Parteiorganisationen des Schriftstellerverbandes der Ausschluß Jasienicas und einiger anderer bekannter Schriftsteller mit der Begründung verlangt, daß die Kollegen „aus antisozialistischen Positionen eine dem System Volkspolens feindliche politische Tätigkeit“ entfaltet hätten.

Zu diesem Ausschluß ist es nicht gekommen, aber publizistische Wirksamkeit gab es für

Jasienica nicht mehr. Um ihn breitete sich das Schweigen. Er hätte unter Berufung auf seine jüdische Abstammung auswandern können, aber daran hat ihn wohl seine Liebe zur polnischen Kultur und Geschichte gehindert. Angaben über die Todesursache — Jasienica hat ein Alter von fast 60 Jahren erreicht — sind nicht gemacht worden.



Genießbar ...? — oder — Die Opposition prüft noch

IN KURZE

Gruppe Kaimann

Zu der Verurteilung der fünfköpfigen (darunter drei Unmündige) „Gruppe Kaimann“ in Brunn erklärt Radio Prag, die Gruppe habe „destruktive Aktionen gegen die Soldaten des Warschauer Paktes, die sich vorübergehend auf unserem Gebiet aufhalten“, geplant. Sie wollte Flugblätter verteilen, Polizeiwachen überfallen und Pkw's von Funktionären in Brand stecken.

Auf dem Misthaufen ...?

„Als Folge der Unterzeichnung des sowjetisch-deutschen Vertrages kann angenommen werden, daß die berüchtigte Hallstein-Doktrin ein für allemal auf dem Misthaufen der internationalen Politik gelandet ist, denn Bonn hat stillschweigend zu verstehen gegeben, daß es in Zukunft nicht mehr auch im Namen der DDR zu sprechen gedenkt“, schreibt „Magyar Nemzet“.

Denkmal der Solidarität

Ein Museum für moderne Kunst steht in der mazedonischen Hauptstadt vor der Vollendung. Die Erbauer sind polnische Architekten. Der Bau ist ein Geschenk der Stadt Warschau. Das Museum soll ein Denkmal der Solidarität der Künstler der ganzen Welt sein, die nach dem Erdbeben der zerstörten Stadt ihre Werke schenken.

Geistigem Leben stets aufgeschlossen

Ein Rückblick auf das kulturelle Geschehen in Tilsit – Von Paul Brock

Eine Woge zwingender Umstände hatte mich aus dem Elternhaus im Memelland fortgespült; sie brandete von Ost nach West und rollte weit aus; nun trug mich, zwölf Jahre später, eine andere zurück, aber sie war aus der Tiefe meines Herzens, aus dem Zwang des Heimwehs entstanden, doch mußte sie an der fremden Grenze anprallen und vergischen.

Es machte mich traurig – natürlich! – daß ich den Boden, der meine Kindheit getragen hatte... daß ich die unsinnige Grenze zu diesem Land nicht überschreiten konnte, da war aber Tilsit, die Stadt am südlichen Ufer des Stromes, die mir fast ebenso lieb und heimatisch war.

Eine Unterkunft bekam ich zunächst bei Verwandten. Es mangelte mir nicht an den Dingen, die das Leben erhalten.

Gut, ich war da! Doch dachte ich nicht daran, länger als einige Wochen zu bleiben. Die Landschaft war traumhaft schön, aber die kleine Stadt, dachte ich, würde mich langweilen. Was konnte sie mir denn schon bieten, gemessen an Paris und an dem Rhythmus der großen Städte mit ihren starken, geistigen Impulsen? Noch wußte ich nicht, daß man auf mich gewartet hatte; eines Tages las ich es in den Tageszeitungen. Von der ersten Seite sprang mir mein Bild entgegen; ein Sohn unserer Stadt ist heimgekehrt. Die Kamera hatte mich erwischte, als ich am Ufer des Stromes stand und hinüberspähte. Es wirkte auf die Leute wie eine Sensation, was ich nur schwer begriff. Im Innern des Blattes war ein Kapitel aus meinem Buch abgedruckt.

Um die Abendstunde, kurz vor Einfall der Dunkelheit, bummelte ich über die Hohe Straße. Es war im August, die Zeit der warmen Abende und der lauen Nächte. Da und dort bildeten sich Menschengruppen; junge Paare ließen unbekümmert ihre Verliebtheit sehen. Ihre staunenden Augen hingen an mir; junge Mädchen kicherten, wenn ich vorüber war. Männer zogen den Hut vor mir. Die Frauen trugen mir unverhüllt ihre Neugierde entgegen.

Plötzlich blieb eine junge Frau vor mir stehen. Der Mann an ihrer Seite... entschuldigen Sie, sagte er; dazu seine Frau, wobei sie über und über errötete; nicht wahr, Sie sind doch Michael? Ich nannte ihr meinen eigentlichen Namen. – Natürlich, sagte sie. Das Rot auf Wangen und Stirn vertiefte sich noch, so leuchtend wie das Rot ihrer Bluse. Das meine ich ja! berichtete sie sich. Ich habe Ihren wirklichen Namen mit dem Ihres Helden im Buch verwechselt. Wir wollten Ihnen nur sagen, daß wir unseren Sohn so getauft haben: Michael! Er wurde vor vierzehn Tagen geboren... unser erstes Kind.

Das war eines meiner Erlebnisse; andere folgten nach.

Sie kommen doch hoffentlich, warf er ein.

Es beruhigte ihn, als ich bejahte. Er fragte mich nach besonderen Wünschen; er würde alles tun, was in seinem Machtbereich läge, damit ich mich in der Stadt heimisch fühlte. Er überragte mich um Haupteslänge.

Wir nahmen Platz; die Leute im Vorzimmer schienen vergessen zu sein, denn nun entspannte sich ein langes Gespräch, in dessen Verlauf ich erfuhr, daß er Rheinländer sei. Während ich ihm gestand, daß ich mich in seiner Heimat sehr wohl gefühlt habe, beteuerte er, daß er diese Stadt, die mir Heimat war, lieben gelernt habe. Er sagte: die Menschen hier sind sehr aufgeschlossen für die geistigen Dinge, darum zollt man Ihnen und Ihrem Werk sehr viel Aufmerksamkeit. Und dann erzählte er mir, jeden Mittwoch fände bei ihm ein Hauskonzert statt (es war gerade Mittwoch). – Wenn ich Sie nochmals dazu bitten darf, sagte er.

Es war sehr schön. Er spielte Cello, ein Arzt Bratsche und zwei Studienräte die erste und zweite Geige. Seine Frau war sehr liebenswürdig und ganz und gar Dame, aufgeschlossen und interessiert.

Zu Anfang des Winters bereitete man ein öffentliches Auftreten für mich vor, eine Veranstaltung im Stadttheater, bei der ich aus meinem Buch lesen sollte und die ausgezeichnet verlief; bis auf den letzten Platz, auch in den oberen Rängen, war das Theater gefüllt, was mich in Erstaunen versetzte, da ich mit soviel Interesse am literarischen Werk nicht gerechnet hatte; ich bildete mir nicht ein, daß die Aufmerksamkeit meiner Person galt.

Auch sonst schien mir das Theater zu einem Treffpunkt aller geistig Interessierten zu sein, bei Musikabenden zum Beispiel, Konzerten mit namhaften Künstlern; man hatte Glück, wenn man am Tag zuvor noch Karten erwerben konnte, Tage vorher waren sie bereits ausverkauft. Danach fand man sich unter Freunden noch irgendwo zusammen, zum Beispiel im königlichen Hof, bei einem Glas Wein. Fürwahr, das Bleiben in der heimatischen Stadt wurde mir leicht gemacht. Von Langeweile merkte ich keine Spur.

Ein Zentrum des geistigen Lebens war auch die Buchhandlung Holzner am Hohen Tor. Holzner war nicht der einzige in der Stadt, der ein Geschäft daraus machte, Bücher unter die Leute zu bringen, aber sein Geschick und sein persönlicher Einsatz hatten es dahingebacht, daß vor seiner Popularität alle anderen in den Schatten gerieten. Die Prominenz kaufte bei ihm

und zog auch die einfacheren Käufer nach. Er stellte sich nicht hinter den Ladentisch; Bitte, was möchten Sie? – Nein, er stellte sich mitten unter die Kundschaft, als wäre er einer von ihnen, sprach bald mit dem, bald mit jenem, auch mit zweien oder dreien zugleich, nicht etwa, um ihnen ein Buch anzubieten; die Bücher lagen, wie zufällig, verstreut auf dem Ladentisch, auf Truhen oder kleinen Tischen, jeder konnte sie in die Hand nehmen und darin lesen und wenn es gefiel, den Preis hinterlegen und es mitnehmen. Er plauderte auch nicht über Nichtigkeiten, sondern er ließ sein Wissen und seine Einsichten in die geistigen Probleme der Zeit in die Gespräche hineinschwingen, um dann nebenbei zu bemerken, gerade zu diesem Thema gäbe es ein neues Buch, daß man lesen müßte.

Bei Holzner lernte ich auch den Maler Franz Nolde kennen. Ich hielt mich oft in der Buchhandlung auf, so wie Kaufleute zur Börse gehen; es bereitete mir eine kindliche Freude zuzusehen, wie Leute nach meinem Buch fragten, es kauften und damit nach Hause gingen, als wäre ihnen ein unverhoffter Gewinn zugefallen. Auf diese Weise lernte ich auch Nolde kennen: er hielt mein Buch in der Hand, hatte es gerade erstanden; er trat auf mich zu und bat mich, es zu signieren. Wir reichten uns die Hand. Ich sah ihn an und sah zugleich auf dem Tisch nebenan Aquarelle von ihm liegen, die er gerade gebracht hatte, um sie hier zum Verkauf auszustellen; da mußte ich lächeln, denn etwas Gegenständliches konnte ich mir kaum vorstellen. Seine Bilder – hauchzart waren sie in Linien und Farben, zumeist Stromlandschaft. – er dagegen – eine Figur von überwältigender Vitalität. Und doch war sein Gemüt von einer mimosenhaften Empfindsamkeit.

Ein anderer Ballungsort geistiger Kost war die Stadtbücherei in der Wasserstraße, von Fräulein Schlagowski und Fräulein Regge geleitet. Man fand dort alles, was es überhaupt auf dem Buchmarkt gab, gegen Leihgebühr, Klassisches und Modernes beisammen. Ein Stockwerk höher hatte Dr. Nadolny sein Heimatmuseum ausgebaut, wiederum ein Ort, an dem sich Gleichgesinnte zu sachlichen und heiteren Gesprächen zusammenfanden, auf uralten Truhen sitzend.

Im Herbst, nach den großen Ferien, begann dann im Theater die Wintersaison. Sozusagen als Hausherr, Intendant, Regisseur und auch zuweilen als Darsteller fungierte damals Badekow. Während der Sommerpause hatte er gewöhnlich einige neue Schauspieler herangeholt und das Publikum nahm sie freundlich auf. Ich gebe zu, ich war verwöhnt auf diesem Gebiet, schon von Paris her. In Köln hatte ich die junge Wessely



Alter Bauernschrank im Tilsiter Heimatmuseum

Foto Schumacher

als Rose Berndt erlebt... danach Berlin. Das war ganz großes Theater. Nun lernte ich mich zu bescheiden. Doch dann und wann bot sich auch etwas Besonderes an. Einmal war sogar ein zwar dezimiertes, aber geschickt zusammengestelltes Ensemble des Berliner Staatstheaters unter Leitung von Gründgens gekommen, auf der Durchreise zu einem Gastspiel nach Riga.

Aber auch die „Kleine Nachtmusik“, von Badekow inszeniert, oder der „Eingebildete Kranke“ oder „Der Widerspenstigen Zähmung“ waren kleine Kostbarkeiten, die sich sehen lassen konnten.

Nur wenige Wochen hatte ich in Tilsit bleiben wollen; ich verließ meine Heimatstadt erst, als der Krieg begann, das abstruse Welttheater, in dem wir alle Mitspieler waren.

„Es blieb mir eine Spur im Sand...“

Vor fünf Jahren starb Johannes Bobrowski – Ein Dichter ohne „Zeigefinger“

Ludwig Meidners Wort von der „Zweifüßergemeinsamkeit“ könnte für Johannes Bobrowski geschrieben worden sein, für den Tilsiter des Jahrgangs 1917, der seine Kindheit zu beiden Seiten der Memel zubrachte, im Litauischen ebenso wie im Deutschen, im Katholischen ebenso wie im Protestantischen, und der am 2. September 1965 in Berlin starb.

In der nordöstlichsten Großstadt Deutschlands, in Königsberg studierte Bobrowski, mehr von Hamann als von Kant fasziniert, Kunstgeschichte. Erst der Krieg machte ihn zum Dichter. Am Ilmensee, 1941, entstanden seine ersten Verse. „Damals / sahn wir den See“ heißt es. Deutsche Krieger liegen in russischen Gräbern, vor sich eine zerschossene Kirche: „Rauch hat

dir die Wände / geschwärzt, deine Tür zerbrach / Feuer, wie wird sein / das Licht deinen Fensterhöhlen?“

Mit dieser Frage steht das Bild einer Landschaft, einer Zeitepoche vor uns, doch nicht nur als Bild, nicht nur als Frage: „Alles an unsrem Leben / wars getan, der Schrei / wie das Schweigen, wir sahn / steigen über die Ebene / weiß, dein Gesicht.“ Geschehen, das zurückwirkt. Mit der Zerstörung, die ein Land einem anderen Land widerfahren läßt, zerstört es sich selbst – bis in sie hinein, die als ungefragt Zerstörende, plötzlich wissen: daß sie das, was sie fremdem Leben antun, eigenem Leben antun.

Johannes Bobrowski geht sparsam mit dem Wort und mit seinen Strophenfolgen um. Er verquickt sie mit dem Rückgriff auf älteste Poesieformen, auf das Lied und die Legende. Und dann reimt er auch, was seinem sonstigen lyrischen Duktus zuwiderläuft – auch hierin Widerspruchsmensch. In der „Dorfmusik“ beispielsweise:

„Letztes Boot darin ich fahr
keinen Hut mehr auf dem Haar
in vier Eichenbrettern weiß
mit der Handvoll Rautenreis
meine Freunde gehn umher
einer bläst auf der Trompete
einer bläst auf der Posaune
Boot wird mir nicht überswer
hör die andern reden laut:
dieser hat auf Sand gebaut.“

Ruft vom Brunnenbaum die Krähe
von dem ästelosen: wehe
von dem kahlen ohne Rinde:
nehmt ihm ab das Angebinde
nehmt ihm fort den Rautenast
doch es schallet die Trompete
doch es schallet die Posaune
keiner hat mich angefaßt
alle sagen: aus der Zeit
fährt er und er hats nicht weit.“

Also weiß ich und ich fahr
keinen Hut mehr auf dem Haar
Mondenlicht um Brau und Bart
abgelebt zuendgenarrt
denn es tönet die Trompete
denn es tönet die Posaune
und von weitem ruft die Krähe
ich bin wo ich bin: im Sand
mit der Raute in der Hand.“

Zur Legende macht er die Begegnung der Deutschen und Juden. „Die Spur im Sand“ heißt

eines seiner Gedichte: „Der blasse Alte / im verschossenen Kaftan. / Die Schläfenlocke wie voreinst. Aaron / da kannte ich dein Haus. / Du trägst die Asche / im Schuh davon. / Der Bruder trieb / dich vor der Tür. Ich ging / dir nach. Wie wehte um den Fuß / der Rock! Es blieb mir eine Spur / im Sand...“

Im Polenkrieg tritt ein deutscher Soldat in die Stube eines Juden. Es geschieht nichts weiter, als daß eine Brotkrume daliegt, und Mäuse kommen, um sie zu beknaubern. Da sitzt man und sieht zu. Der Krieg ist schon ein paar Tage alt. Das Land heißt Polen. Es ist ganz flach und sandig hier... Der Mond will weitergehen. Aber ein Mäusespfad hindert ihn daran. Auch der Jude und der Deutsche sind in das Anschauen der Mäuse, die noch immer um die Rinde versammelt sind, vertieft. Mäuse also sind mehr als Feindschaft, als Gesetz...

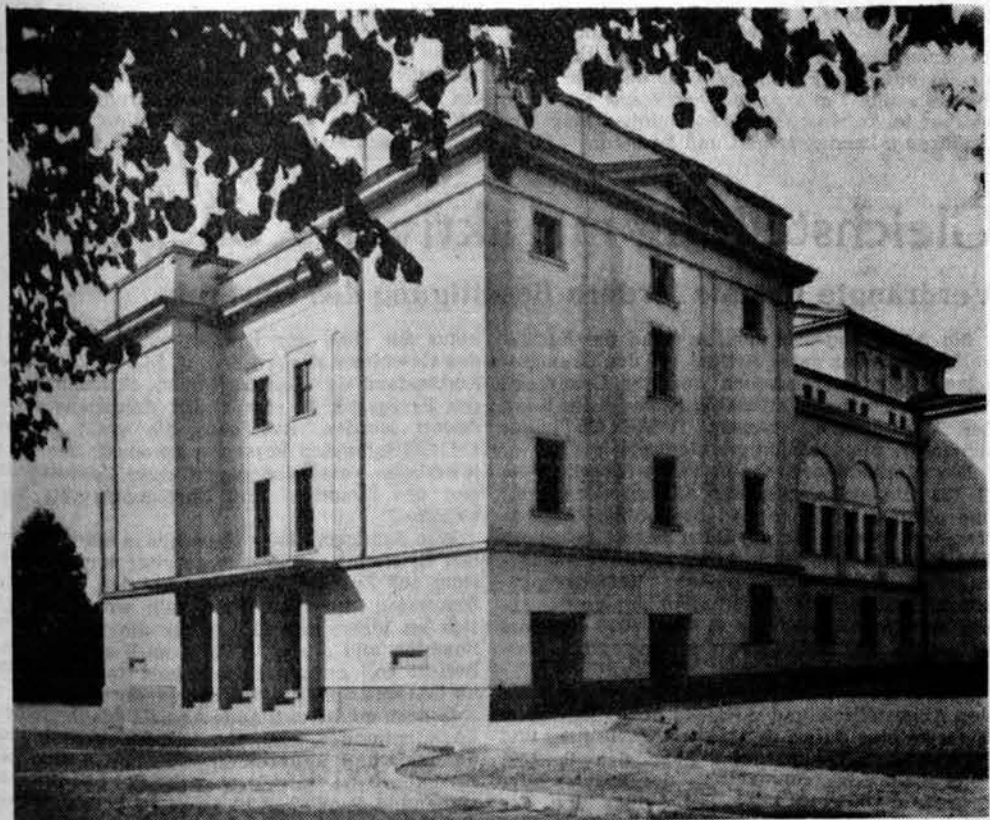
Natürlich sind das keine gewöhnlichen Mäuse. Es sind aber auch keine Fabeltiere. Johannes Bobrowski hebt keinen Zeigefinger wie Krylow oder Lafontaine. Dafür läßt er die Symbole in der unauffälligen Position, in der sie leben, um so nachhaltiger wirken.

Er verfährt auch so mit der Symbolisierung seines eigenen Daseins. Nach der Heimkehr 1949 nimmt er eine Stellung als Lektor eines Ost-Berliner Verlages an, in dem er ein Büro nahe der Stadtgrenze hat, der nachmaligen Mauer. Westen und Osten Berlins hat er eine Weile gleichzeitig in seinem Blick. In Aschaffenburg, fünf Jahre vor seinem Tode, erhält er den Preis der Gruppe 47. Er wird dadurch im Westen Deutschlands gleichermaßen bekannt wie im Osten.

Auch das verführt ihn nicht zur Deklamation. Im Gegenteil: es bringt ihn eher zur Resignation. Doch auch dies wird nicht direkt vorgebracht; vielmehr schreibt er mit der Erzählung „Bohlendorff“ eine Geschichte, in der ein östlicher Dichter aus der Weimarerzeit nach dem Besuch des Westens vereinsamt in den Osten, seine Heimat, zurückkehrt.

Johannes Bobrowski, der eine Welt über den Widersprüchen anzielt und schafft, Verkörperung von neuer Heimat über der verlorenen, charakterisierte sich selbst mit diesen Worten: „Im bin vom Lande, vom allerplattesten, aus dem äußersten Winkel der deutschen Ostgebiete, wo man mehr litauisch sprach und wo Mickiewicz herkommt. Von dorthier habe ich meine ganze Dichterei, genau gesagt: vom Ilmensee 1941. Von Literatur: habe ich sehr rigorose, böse Meinungen, aber ich verstehe nicht viel davon.“

Wolfgang Schwarz



Das Grenzlandtheater in Tilsit nach dem Umbau

Foto Koy

Beiträge vor Jahresschluß überprüfen

Zur Vermeidung von Verlusten bei der Freiwilligen Rentenversicherung

Wenn sich ein Jahr dem Ende zuneigt, ist es gut zu prüfen, ob man nicht Gefahr läuft, durch nicht rechtzeitige Erfüllung von Verpflichtungen wichtige Fristen zu versäumen und hierdurch wirtschaftliche Nachteile zu erleiden. Dies gilt nicht zuletzt für den großen Personenkreis, der freiwillig der gesetzlichen Rentenversicherung der Arbeiter oder Angestellten angehört. Versäumnisse oder auch Verzögerungen in der Beitragsentrichtung haben schon manchem Versicherten nicht unerheblichen Schaden zugefügt oder gar den Verlust von Rentenansprüchen zur Folge gehabt.

Wer nach Eintritt des Versicherungsfalles einen Rentenanspruch geltend machen will, muß nachweisen, daß er die Wartezeit erfüllt hat. Das bedeutet, daß bei Antrag auf Rente wegen Berufs- und Erwerbsunfähigkeit oder auf Hinterbliebenenrente eine Versicherungszeit von 60 Kalendermonaten und bei Antrag auf Altersruhegeld eine Versicherungszeit von 180 Kalendermonaten zurückgelegt sein muß. Anrechnungsfähige Versicherungszeiten sind Zeiten, für die Beiträge wirksam entrichtet wurden oder als entrichtet gelten sowie Ersatzzeiten, z. B. militärischer Dienst, Internierung, Verbringung.

Nach den Bestimmungen über die Nachentrichtung von Beiträgen sind freiwillige Beiträge unwirksam, wenn sie nach Ablauf von zwei Jahren nach Schluß des Kalenderjahres, für das sie gelten sollen, entrichtet werden. Sie dürfen außerdem nach Eintritt der Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit oder des Todes für Zeiten vorher nicht entrichtet werden. Für Zeiten nach Eintritt der Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit oder des Todes können freiwillige Beiträge lediglich zur Anrechnung für das Altersruhegeld und für Hinterbliebenenrente geleistet werden.

Da aber niemand weiß, wann „sein Versicherungsfall“ eintritt — lediglich der Zeitpunkt, in dem im Lebensfall das Altersruhegeld einsetzen wird, läßt sich vorausberechnen —, empfiehlt es sich für alle freiwillig Versicherten, welche die für die Gewährung einer Rente wegen Erwerbs- oder Berufsunfähigkeit oder für das Einsetzen einer Hinterbliebenenrente vorgeschriebene Versicherungszeit von 60 Kalendermonaten noch nicht zurückgelegt haben, aber Wert darauf legen, diese wichtige Voraussetzung bald zu erfüllen, eingehend zu prüfen, ob sie durch Nachentrichtung von Beiträgen im Jahr 1970 die vorgeschriebene Wartezeit erfüllen oder zum mindesten ihrer Erfüllung näher kommen können.

Zwar können Beiträge für 1969 auch noch im Jahr 1971 und Beiträge für 1970 noch in den

Jahren 1971 und 1972 nachentrichtet werden, vorausgesetzt, daß der Versicherungsfall bis dahin nicht eingetreten ist (!), jedoch müssen Beiträge für 1968 spätestens bis zum 31. Dezember 1970 geleistet werden.

In diesem Zusammenhang ist zu beachten, daß der Beitragssatz in der gesetzlichen Rentenversicherung ab 1970 von 16 % auf 17 % angehoben wurde, und daß nach dem Finanzänderungsgesetz 1967 bei einer Änderung des Beitragssatzes Beiträge auch dann in den neuen, d. h. zur Zeit in den ab Januar 1970 geltenden Beitragsklassen zu entrichten sind, wenn sie für Zeiten vor der Änderung, also für die Jahre 1968 oder 1969 gelten sollen.

In der freiwilligen Weiterversicherung gelten seit 1. Januar 1970 15 Beitragsklassen: Beitragsklasse 100 bis Beitragsklasse 1200 mit Monatsbeiträgen zwischen 17 DM und 204 DM. Diese 12 Beitragsklassen steigen von 100 um jeweils 100 bis 1200; die Beiträge erhöhen sich entsprechend von 17 DM um jeweils 17 DM bis 204 DM. Außerdem gibt es die Beitragsklassen 1400, 1600 und 1800 mit Beiträgen von 238 DM, 272 DM und 306 DM. Die früheren Beitragsklassen 1300, 1500 und 1700 bestehen nicht mehr. Wer als freiwillig Versicherter Beiträge für 1968 und 1969 nachentrichten will, kann somit hierfür Beiträge der Beitragsklassen 100 bis 1200 oder der Beitragsklasse 1400 oder 1600

wählen. Für Beiträge für das Jahr 1970 kann er außerdem von der Beitragsklasse 1800, die nur für Zeiten ab 1. Januar 1970 verwendbar ist, Gebrauch machen.

Für die freiwillige Weiterversicherung werden seit Beginn des Jahres 1970 Marken nach dem gleichen Muster wie für die Pflichtversicherung ausgegeben. Werden die Marken für die Pflichtversicherung verwendet, sind sie vom Versicherten handschriftlich mit „Pf“ zu kennzeichnen. Ohne diese Kennzeichnung gelten sie als freiwillige Beträge.

Zur Erhöhung späterer Rentenleistungen können von allen Versicherten zusätzlich Höher-versicherungsmarken verwendet werden, die durch den Aufdruck „HV“ gekennzeichnet sind. Seit Januar 1970 betragen die Monatsbeiträge für die Höherversicherung 17 DM, 51 DM, 85 DM, 119 DM, 153 DM, 204 DM und 306 DM. Der freiwillig Weiterversicherte ist ebenso wie der Pflichtversicherte in der Wahl der Beitragsklasse für die Höherversicherung frei, muß aber darauf achten, daß zu jedem Höherversicherungsbeitrag ein Grundbeitrag (Pflicht- oder freiwilliger Beitrag) vorhanden ist. Die Fristen für die Nachentrichtung von Höherversicherungsbeiträgen sind die gleichen wie für die Nachentrichtung von freiwilligen Beiträgen, d. h. es können bis Ende 1970 noch Nachentrichtungen für die Jahre 1968 und 1969 vorgenommen werden.

Dr. Fritz Stumpf

Erhöhung ist eine Legende

Sozialhilfe wird leicht verbessert — Verordnung vorgelegt

Das Sozialhilferecht wird eine insgesamt gesehen nicht sehr wesentliche, für die betroffenen Fälle jedoch recht spürbare Aufbesserung erfahren. Dies ergibt sich aus der Vorlage einer Durchführungsverordnung zum Bundessozialhilfegesetz, die seitens der Bundesregierung dem Bundesrat zur Zustimmung unterbreitet wurde.

Die Höhe der Bargeläbeträge, von deren vorherigem Verbrauch die Bewilligung der Sozialhilfe abhängig ist, wird um etwa 50 Prozent verbessert. Sozialhilfe kann künftig gewährt werden, sofern die Barbeiträge oder sonstigen Geldwerte des Hilfesuchenden bei der Hilfe zum Lebensunterhalt 1500 DM und bei der Hilfe in besonderen Lebenslagen 3000 DM nicht übersteigen. Hinzu kommen Zuschläge für den Ehegatten und Zuschläge für jede sonstige Person,

die vom Hilfesuchenden überwiegend unterhalten wird.

Fast noch wichtiger als die Verbesserung der bisherigen Bestimmungen sind die Angaben in der Begründung der Verordnung. Da heißt es zum Beispiel, daß in der Zeit vom 20. Juli 1962 bis zum 1. Juni 1970 die Regelsätze der Sozialhilfe im Schnitt um 62 Prozent angestiegen sind. Die Wohnungsmieten sind in der gleichen Zeit um 60 vom Hundert gestiegen. Von den Vertriebenen ist die Inbeziehungsetzung der Unterhaltshilfe zu den Leistungen der Fürsorge nie gutgeheißen worden. Seit 1948 beherrscht jedoch der Grundsatz den Lastenausgleich, daß die Unterhaltshilfessätze bei 120 Prozent der Sozialhilfe liegen sollen. 1962 betrug der Unterhaltshilfessatz 155 DM. Wäre er mit der Entwicklung der Sozialhilfe mitgegangen, müßte er jetzt um 62 Prozent höher, also bei 251 DM liegen. Durch das vor wenigen Tagen verabschiedete 2. Unterhaltshilfe-Anpassungsgesetz ist der Unterhaltshilfessatz jedoch nur auf 235 DM angehoben worden. Die — vielfach geäußerte — These von der immensen Unterhaltshilfeeheerhöhung des Jahres 1970 ist also eine Legende.

N. H.

Nebenerwerbsstellen 1971?

Keine Mittel für Eingliederung

Ein Abgeordneter der Opposition richtete an die Bundesregierung im Bundestagsplenum die Frage, ob sie wenigstens für 1971 die erforderlichen Mittel für die Durchführung der vom Bundestag 1969 beschlossenen Eingliederung der vertriebenen Bauern bereitzustellen gedenke. Der Bundestag hatte im vergangenen Jahr 4000 Nebenerwerbsstellen je Jahr gefordert und im Bundeshaushalt für 1969 sind nur Mittel enthalten, die bestenfalls für 3000 Nebenerwerbsstellen reichen. Der parlamentarische Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium, Logemann, antwortete ausweichend; er sprach von „möglichst tun“. Die Opposition hatte gelegentlich der Haushaltsdebatte nachdrücklich höhere Mittel für die Siedlung gefordert, allerdings, ohne einen entsprechenden Antrag zu stellen. Der parlamentarische Fraktionsgeschäftsführer der SPD, Frehsee, hatte gelegentlich des 20-jährigen Bestehens des Bauernverbandes der Vertriebenen eindeutig angekündigt, daß die SPD für ausreichende Finanzmittel für das Jahr 1971 sorgen wolle. Um so mehr enttäuscht die ausweichende Antwort des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

H. F.

Gleichstellung mit aktiven Kollegen

Verdrängte Beamte fordern Beseitigung des Unrechts

Ein Abschlußgesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen auf der Grundlage des Beamten- und Tarifrechts forderte der Bund der Verdrängten Beamten (VERBAOST) auf seiner 17. Bundesdelegiertenversammlung.

Der Verband erstrebt in einer Novelle zum G 131 die volle rechtliche Gleichstellung mit den aktiven Kollegen und den entsprechenden Versorgungsempfängern. Dazu gehört insbesondere die ersatzlose Streichung jeglicher Zugangsstichpunkte, des modifizierten Beförderungsschnittes sowie die Anrechnung der sogenannten amtslosen Zeit vom 8. Mai 1945 bis zum Zeitpunkt der Wiederverwendung oder Versetzung in den Ruhestand.

Ferner fordert der Bund die Nachversicherung der Angestellten und Arbeiter des öffentlichen Dienstes hinsichtlich ihrer Altersversorgung und Hinterbliebenenversorgung über den 8. Mai 1945 hinaus bis zum Eintritt der Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit oder der Vollendung des 65. Lebensjahres.

Weiter wünscht der VERBAOST die Anrech-

nung der Zeit der Kriegsgefangenschaft oder des Gewahrsams nach dem 8. Mai 1945 auf den Rechtsstand der Berufssoldaten. Schließlich soll der Paragraph 78 zum G 131 dahingehend geändert werden, daß auch die unter Artikel 131 GG fallenden Personen automatisch an den jeweiligen versorgungsrechtlichen Verbesserungen der Beamten- und Besoldungsrechts teilnehmen.

Wie Bundesminister Genscher in einem längeren Grußwort erklärte, erarbeitet sein Ministerium zur Zeit einen Bericht für den Deutschen Bundestag, der klarstellen soll, welche Härten sich im bisherigen G 131 für die verdrängten Beamten und deren Witwen noch ergeben. Der Bericht soll anstatt Ende dieses Jahres bereits im Oktober dem Bundestag zugeleitet werden.

Danach müßte sich nach Ansicht des Deutschen

Beamtenbundes, des Bundes der verdrängten Beamten und anderer Organisationen eine gesetzgeberische Initiative ergeben, die die anstehenden Probleme 25 Jahre nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges endlich bereinigt.

W. H.

Kraftfahrzeugrecht

Stehen Kinder am Fußgängerüberweg, ist für Kraftfahrer äußerste Vorsicht geboten. So darf sich ein Kraftfahrer nach einem Urteil des Oberlandesgerichts Köln nicht damit begnügen, seine Geschwindigkeit auf 30 km/st herabzusetzen, wenn er sich einer an einem Fußgängerüberweg verweilenden Gruppe von Kindern nähert, die keine deutlich erkennbaren Anstalten zur Straßenüberquerung machen. Er muß vielmehr versuchen, Kontakt mit den Kindern aufzunehmen und sich mit ihnen zu verständigen. Geben die Kinder nicht eindeutig zu erkennen, daß sie die Fahrbahn nicht vor dem Kraftfahrzeug überqueren wollen und bleibt nur der geringste Zweifel an den Absichten der Kinder, so muß der Kraftfahrer nach dem Urteil des Gerichts seine Geschwindigkeit nicht nur auf „Anhaltgeschwindigkeit“ verringern, sondern notfalls vor dem Überweg anhalten, bis die Situation geklärt ist. (OLG Köln — Ss 165/69)

Auf die viereckigen gelben Ortstafeln ist kein Verlaß mehr. Das Oberlandesgericht Hamm büdete in einem Gummi-Urteil den Kraftfahrern die Entscheidungslast darüber auf, ob er in eine geschlossene Ortschaft einfährt oder nicht: Auch wenn die gelbe Ortstafel fehlt, muß der Kraftfahrer seine Geschwindigkeit auf 50 km/st drosseln, wenn eine „eindeutig geschlossene Bauweise anfängt.“ Bei der Beantwortung der Frage wann dieses der Fall ist, lassen die Hammer Richter den Kraftfahrer allerdings allein. Einzelne Häuser mit Vorgärten an der Straße seien noch keine geschlossene Ortschaft, argumentierte das Gericht, andererseits könne man sie aber auch nicht erst dort beginnen lassen, wo die Häuser lückenlos und unmittelbar an der Straße stehen. Preisfrage für den Kraftfahrer: Wann muß er sein Tempo drosseln? (OLG Hamm — 4 SS 400/69)

Nachts muß auch in geschlossenen Ortschaften mit Schnellfahren gerechnet werden. In einem von der allgemeinen Rechtsprechung abweichenden Urteil gab das Oberlandesgericht Hamm einem Kraftfahrer die Alleinschuld an einem Unfall, der zu nächtlicher Stunde die Geschwindigkeit eines vorfahrtsberechtigten Kraftfahrzeuges unterschätzt hatte und deshalb mit ihm zusammengestoßen war. Schätzungen der Polizei und Zeugen ergaben, daß der vorfahrtsberechtigte Wagen mit rund 70 km/st durch die nächtliche Ortschaft gebrast war. Der andere Fahrer hätte nachts auf einer kaum befahrenen Straße mit einer solchen Geschwindigkeit rechnen müssen, argumentierten die Richter in Hamm. (LOG Hamm — 4 Ss 917/68)

Nicht nur Trunkenheit, sondern auch Schlaf am Steuer ist strafbar. Das entschied der Bundesgerichtshof gegen einen Kraftfahrer, der während der Fahrt in seinem Auto „vorübergehend eingenickt“ war und dadurch einen schweren Verkehrsunfall verursacht hatte. Auf Grund von mehreren Sachverständigengutachten hielt es das Gericht für unmöglich, daß ein gesunder Kraftfahrer, der weder unter dem Einfluß von Alkohol und Narkotika noch von Medikamenten steht, unversehens während der Fahrt einschläft, ohne vorher entsprechende Symptome wie Gähnen, Lidschwere, abnehmende Reaktionsfähigkeit und anderes zu bemerken. Ein Autofahrer, bei dem sich während der Fahrt Anzeichen von Müdigkeit einstellen, muß eine Fahrpause einlegen. (BGH — 4 StR 66/69)

Keine Rentenminderung durch Kriegsereignisse

Ulrich Hagen Schmidt: Nachweis auch bei Unterlagen-Verlust

Wiederherstellung auch außerhalb des Rentenverfahrens

Die Möglichkeit der Wiederherstellung von in Verlust geratenen Versicherungsunterlagen vor der Rentenanspruchsstellung ist in der VuVO ausdrücklich vorgesehen, und zwar sowohl von Seiten der Rentenversicherungsträger als auch vom Versicherten selbst. Stellt der Versicherte einen diesbezüglichen Antrag, muß der Versicherungsträger für die in Verlust geratenen Versicherungsunterlagen wiederherstellen. Diese Möglichkeit sollte auch jeder Versicherte nicht unterlassen. An anderer Stelle ist bereits auf die Schwierigkeit der Glaubhaftmachung hingewiesen worden, wenn Zeugen verstorben sind!

Außerdem führt der rechtzeitige Antrag auf Wiederherstellung von Versicherungsunterlagen auch bei plötzlicher Rentenanspruchsstellung nicht zu Verzögerungen im Beginn der Rentenleistung, weil umfangreiche Nachfragen dann vermieden werden.

Wird die Wiederherstellung vor dem Rentenanspruch begehrt, ist der Antrag zu stellen:

1. für alle Versicherungszeiten, für die Beiträge zur Arbeiterrentenversicherung (Invalidenversicherung) entrichtet sind, bei der Landesversicherungsanstalt, in deren Bereich der Versicherte wohnt. Nur bei Versicherten, die ihren Wohnsitz im Ausland haben, ist die Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz in Düsseldorf zuständig;

2. für Versicherungszeiten bei der früheren Reichsbahnversicherungsanstalt oder ihren Rechtsvorgängern bei der für den Bereich des Wohnsitzes zuständigen Bundesbahnversicherungsanstalt;

3. für Seeleute bei der Seekasse (sowohl für Zeiten der Arbeiterrentenversicherung als auch für Zeiten eines seemannischen Angestelltenstatus);

4. für Versicherungszeiten als Angestellter

bei der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte in Berlin;

5. für Versicherungszeiten im Bergbau, die der knappschaftlichen Rentenversicherung unterliegen, bei der Knappschaft, in deren Bereich der Versicherte seinen Wohnsitz hat. Für Versicherte mit Auslandswohnsitz jedoch stets die Ruhrknappschaft in Bochum.

Wo wird der Antrag gestellt?

Es wird in der Regel von Nutzen sein, wenn zum Antrag auf Wiederherstellung von Versicherungsunterlagen die von den Versicherungsträgern zur Verfügung gestellten Antragsdrucke verwendet werden. Selbstverständlich kann jedoch diesbezüglicher Antrag ohne Formular gestellt werden.

Versicherungsämter, Bürgermeisterämter und Amtsverwaltungen halten die entsprechenden Formulare bereit.

Es ist jedoch unbedingt erforderlich, vor der Antragstellung genau zu überlegen, während welcher genauen Zeiten die entsprechende Tätigkeit ausgeübt worden ist, für die die Versicherungsunterlagen fehlen. Nur die lückenlose Angabe aller Versicherungszeiten kann dazu führen, daß auch die später zu erwartende Rente in der richtigen Höhe gewährt wird.

Deshalb ist allen Fällen auch eine

Überprüfung des ergangenen Bescheides

nach erfolgter Wiederherstellung anzurufen, weil vielfach die Versicherungsträger nach Ablauf eines Monats, seit dem der Wiederherstellungsbescheid im Besitz des Versicherten ist nicht mehr von der getroffenen Entscheidung abweichen. Die Einstufung der versicherungspflichtigen Tätigkeit in die Leistungsgruppen der VuVO ist jedoch in das Ermessen der Versicherungsträger gestellt. Falsche Einstufung kostet Geld!

Wird fortgesetzt

„Tempel von Schokolade“

Die erste lokale Gewerbeausstellung in Königsberg 1853

Der verhältnismäßig hohe Stand, den das ost- und westpreußische Gewerbe ausgangs des 18. Jahrhunderts erreicht hatte — in Königsberg bestanden im Jahre 1788 bereits 39 Fabriken und Manufakturen mit 4127 Arbeitern —, wurde durch die napoleonischen Kriege und ihre Folgeerscheinungen fast ganz vernichtet. Die Bemühungen des Königs, in dieser schweren Zeit die Wirtschaft wiederzubeleben, kamen leider nur sehr langsam voran. Deshalb nahm die Bevölkerung infolge der größeren Freiheit, die sie jetzt besaß, ihr Geschick erstmals weitgehend selbst in die Hand und wartete nicht mehr darauf, daß alles von der Regierung angeordnet wurde.

Erkenntlich war dieser Wille zum Fortschritt an der Gründung einer großen Zahl von Vereinen; denn es bedurfte keiner besonderen Beweisführung, daß vereinte Kräfte mehr zu leisten vermögen als einzelne. So entstanden in den Jahren 1806—1852 allein in Königsberg 35 Vereine (ohne die politischen), unter ihnen der Verein der jungen Kaufmannschaft, die Feuer-Rettungsgesellschaft d. j. Kaufmannschaft, der Verein für Wissenschaft und Kunst, der Verein zur Beförderung der Landwirtschaft, der Landwirtschaftliche Zentralverein, die Altertums-Gesellschaft Prussia, der Kunstverein und viele andere, nicht zuletzt am 18. Februar 1845 die Polytechnische Gesellschaft mit ihren Tochter-Gesellschaften in Bartenstein, Hohenstein, Memel und Wehlau sowie am 3. Mai desselben Jahres der Gewerbeverein. Beide setzten sich aus Gewerbetreibenden und Gewerbefreunden zusammen, ergänzten sich also und hatten unabhängig voneinander das Ziel, die Gewerbetätigkeit und den Gewerbefleiß zu beleben und zu fördern.

Die Wege hierzu waren vielseitig. Die Polytechnische Gesellschaft z. B. veranstaltete auf regelmäßigen und sehr zahlreich besuchten Sitzungen sowohl wissenschaftliche Diskussionen als auch volkstümliche Experimentalvorträge, auf denen das Fertigen eines Hutes oder das Drehen von Zigarren vorgeführt wurde. Auszüge der Sitzungsprotokolle erschienen jeweils in der Hartungschen Zeitung. In größerem Kreis wollten die Mitglieder also ihre Kenntnisse und Erfahrungen austauschen, neue Erfindungen besprechen und sich so fruchtbare Anregung geben.

Der Gewerbeverein, hervorgegangen aus dem 1832 gestifteten Kunst- und Gewerbeverein, hingegen richtete verschiedene spezielle Arbeitskreise ein, schulte in Sonntagskursen die Lehrlinge und prämierte deren Arbeiten, beschaffte Modelle und Zeichnungen neuer Maschinen und Geräte, gab ein Vereinsblatt heraus, dessen erste Nummer im Mai 1846 erschien, und stellte, was besonders wichtig war, vorübergehend sogar Darlehen zur Verfügung. Beide Vereine schufen auch gute Fachbibliotheken und richteten Lesezimmer ein. Bei der Königsberger Bevölkerung beliebt waren vor allem die Basare des Gewerbevereins, die kurz vor Weihnachten, anfänglich im Moskowitersaal des Schlosses, hernach in der eigenen Gewerbehalle, der späteren Königshalle, durchgeführt wurden.

Einen Höhepunkt in der Geschichte der jungen Vereine stellte die von der Polytechnischen Gesellschaft veranstaltete 1. Local-Gewerbe-Ausstellung im Jahre 1853 dar. Zwar hatte der Gewerbeverein schon im Jahre 1845 eine kleinere Ausstellung veranstaltet, an der sich auch Gewerbetreibende der Provinz beteiligen konnten. Diese Lokalausstellung ging jedoch weit über den Rahmen der bisherigen Veranstaltungen hinaus und fand deshalb wegen ihrer Größe im Exerzierhause statt, das an der Stelle der späteren Universität (bezogen 1862) stand und in dem auch Huldigungsfestlichkeiten veranstal-

tet wurden, ferner Versammlungen des patriotischen Preußenvereins (1850), landwirtschaftliche Ausstellungen und schließlich sogar Pferdemarkte.

Eingeflochten werden muß an dieser Stelle, daß die Ausstellungen — abgesehen von einigen Vorläufern — auch erst eine Erscheinung des 19. Jahrhunderts waren. 1842 eröffnete die erste gemeinsame deutsche Industrieausstellung in Mainz ihre Pforten, 1850 folgte die zweite in Leipzig und das Jahr 1851 brachte die erste Weltausstellung in London.

Angesichts der zahlreichen größeren und kleineren Ausstellungen, die damals in vielen Ländern veranstaltet wurden, wäre es durchaus verständlich gewesen, wenn die Königsberger Gewerbetreibenden ihre Lokalausstellung lediglich veranstaltet hätten, um die Blicke auf ihre Provinzhauptstadt zu lenken. Der Grund war jedoch viel weitsichtiger:

1854 stand die Eröffnung der Ostbahn (Königsberg—Dirschau—Berlin) bevor, und da wollten die Vereine durch diese Gewerbeausstellung möglichst genau den Stand der Königsberger Industrie feststellen, um später vergleichen zu können, welchen Einfluß die Bahn auf die Entwicklung ausgeübt habe. So gaben sich denn alle Beteiligten erdenkliche Mühe, das Beste zu schaffen; und als die Ausstellung am 28. Juli eröffnet wurde, stellten 253 Gewerbetreibende 1920 Artikel aller Sparten zur Schau. Einige seien hier genannt:

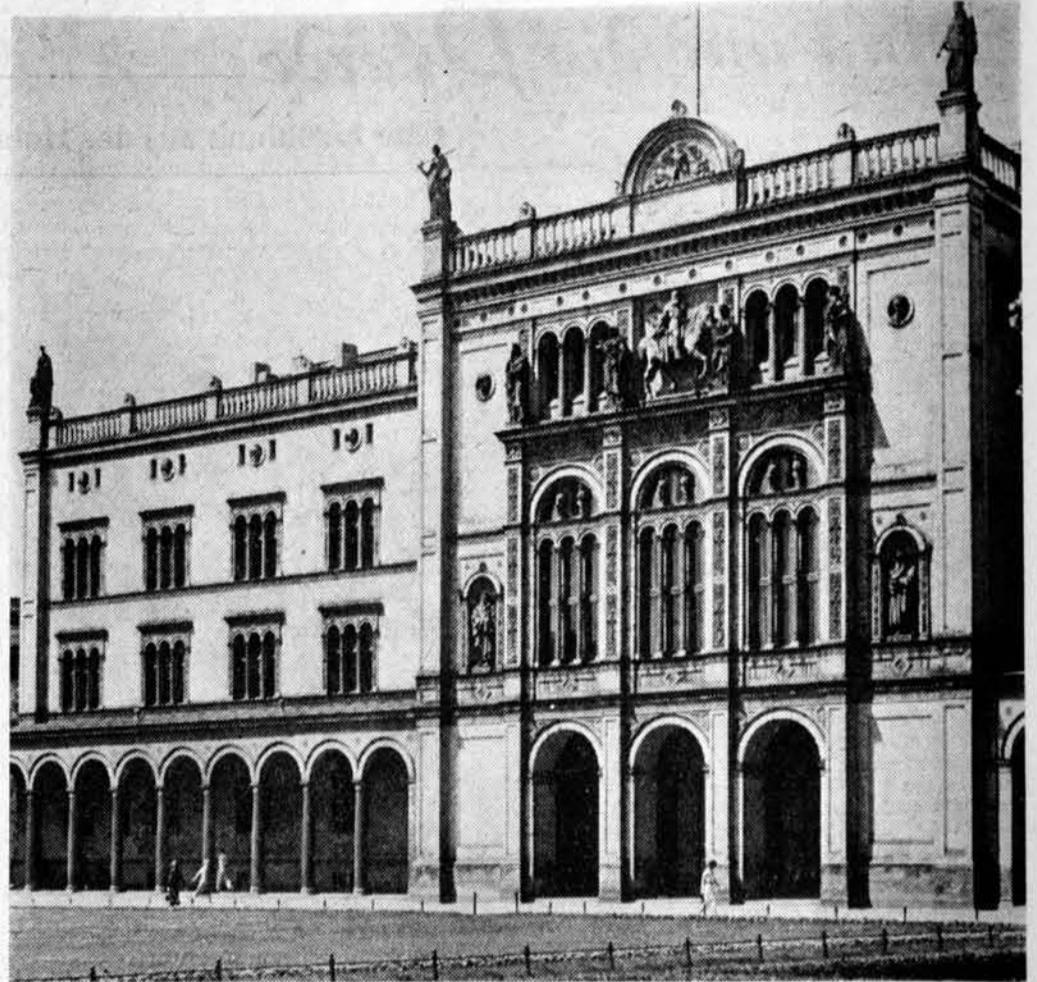
H. Gebaur jun., Instrumentenmacher, Bergplatz Nr. 7, 1 Engl. Flügel von Caliaturnholz, eigener Konstruktion 400 Thlr.

C. G. Peters, Uhrmacher, Steindamm Nr. 106, Eine 8 Tage gehende astronomische Pendeluhr mit Compensations-Pendel und ruhender Ankerhemmung 150 Thlr.

Julius Holz, Schirmfabrikant, Kneiph. Langgasse Nr. 22, 1 Taschenregenschirm mit Spazierstock, Croisé-Bezug 7 Thlr.

Carl Zimmermann, Jouvelier, Kneiph. Langgasse Nr. 23, 24. Das Trinkhorn d. Ostpr. Freiwilligen von 1813—1815 mit Porzellschild

1 Elenthier auf einem Postament 6 Thlr.
G. F. Schmach, Chokoladen- u. Confitüren-



Die neue Universität in Königsberg. An ihrer Stelle stand einst das Exerzierhaus, in dem die Gewerbeausstellung stattfand. Foto Zangemeister

Fabrik, Löb. Langg. Nr. 21. 1 Tempel von Schokolade 2 1/2 Ctr. schwer, verziert m. der Büste Sr. Majestät Friedrich Wilhelm IV.

Sahm, Wagenfabrikant, Koggenstr. Nr. 41, und Richter, Maler und Lakier, Hintere Vorstadt Nr. 45. 1 Victoria-Droschke, sämtl. Eisenwerk in der Annahütte gefertigt (Annahütte, Friedländer Thor 1, 2)

J. Waldhauer, gegenwärtig Rector in Memel. Naturhist. Atlas, enth. d. 5 ersten Linnéschen

Classen d.i.d. Prov. Preußen wild wachsenden Pflanzenarten, Zeichnungen, colicirt.

F. A. Wruck, jun., Graveur, Steindamm rechte Str. Nr. 79. 1 Wandbild in Kork geschnitten, vorst. das Schloß Königsberg

Gebr. Schramberg, Lithogr. Institut, Steindamm. Atlas vom Reg.-Bez. Königsberg 6 Thlr.

Gross, Glockengießer, Sackheim, rechte Straße Nr. 83. 1. Thurmglöcke 140 Thlr.
1 Gutslocke 10 Thlr.

C. Röhl, Konditor, Münchenhofgasse Nr. 13. 1 Marzipansatz, 10 Pfund à 10 Sgr.

L. Steinfurt, Weidendam Nr. 10. Drehbänke, Häckselmaschinen, Leinkuchenbrecher, Drain-Röhren-Maschinen, Grabgitter, Ofen, Wagenbuchsen, Dreschmaschinen, Pflüge, Drehmangeln usw.

Carl Steil, Goldarbeiter, Steindamm, rechte Str. Nr. 132. Ein Myrthenkranz in Silber, ein Bouquet von Silber

Goldberg, Photograph., Tragh. Kirchenstr. Nr. 36. Photographische Arbeiten. Dauer der Sitzung: 14—16 Sekunden 3—5 Thlr.

Maschinen und Geräte, die verschiedensten Gebrauchsgegenstände aus Metall, Holz oder Leder sowie zahlreiche Textilien waren hier ebenso zu finden wie Bernsteinarbeiten, chirurgische Instrumente, Eau de Cologne, Branntwein und Likör, Gips und Knochenmehl für Düngezwecke usw., d. h. es war so ziemlich alles für Stadt und Land vertreten.

Die Mühe, die sich die Aussteller gemacht hatten, wurde reich belohnt; denn am 2. August besuchte sogar König Friedrich Wilhelm IV. die Schau, um sich einen Überblick über den Stand des Gewerbes in seiner östlichsten Provinzhauptstadt zu verschaffen. Das war mehr, als sich die Königsberger erhofft hatten.

Die Zahl der Ausstellungsbesucher ist leider nicht bekannt, doch muß sie unerwartet hoch sein; denn aus dem Reinertrag, den die Veranstaltung brachte, konnte ein Fonds gebildet werden, der es ermöglichte, bedürftigen Gewerbetreibenden zinslose Darlehen zu geben.

Rund 120 Jahre liegt diese Veranstaltung zurück. Sie läßt sich infolgedessen mit den heutigen Ausstellungen und Messen, deren Größe und Perfektion kaum noch zu steigern ist, in keiner Weise vergleichen, zeigt aber eindeutig, daß das Königsberger Gewerbe jener Zeit wieder vielseitig war und qualitativ Hervorragendes zu leisten vermochte. Die Bemühungen der vergangenen Jahre hatten sich gelohnt. Die Aussteller waren jedoch bis auf einige Ausnahmen noch Kleinbetriebe, die nur wenige Arbeiter beschäftigten, so daß die Bezeichnung „Fabrik“ kaum auf sie zutraf. (1852 hatte Königsberg 79 887 Einwohner!) Größere Betriebe entstanden erst in den sechziger und siebziger Jahren, als die gewerblichen Verhältnisse sich weiter besserten, die Spezialisierung der Unternehmen voranschritt und insbesondere die Dampfkraft stärker nutzbar gemacht werden konnte.

Die schwere Krise, die in der ersten Hälfte des Jahrhunderts bestanden hatte, war damit überwunden, dank der Initiative und dem zähen Fleiß der ostpreußischen Gewerbetreibenden, die sich für alle Neuerungen aufgeschlossen zeigten, aber auch dank jenen Männern, die als Vorsitzende der Vereine, nicht zuletzt aber auch in der Regierung mit Rat und Tat stets fördernd eingegriffen hatten.

Ein Pionier der Rinderzucht

Gerhard Caspari-Kobbelbude wird 80 Jahre alt

Am 19. September kann Gerhard Caspari-Kobbelbude seinen 80. Geburtstag feiern. Er gehörte zu den erfolgreichsten Rinderzüchtern Ostpreußens. Als sein Vater, der schon züchterisch große Erfolge aufzuweisen hatte, seine Pachtung in Gr.-Tierbach aufgab und die Domäne Kobbelbude pachtete, war man in Ostpreußen doch in Sorge, ob es ihm gelingen würde, auf der verrufenen Domäne Kobbelbude gleiche Erfolge zu erzielen. Die Domäne war 662 Hektar groß, das Gut Ramsen, das später zugekauft wurde, 183 Hektar. Es blieb persönliches Eigentum von Gerhard Caspari. Die Frischingniederung, in der beide Betriebe lagen, hatte bis zur Mündung des Frisching bis ins Haff nur ein Gefälle von 60 Zentimeter, und Überstauungsschäden kamen häufig vor. Zur

Ordenszeit war es nur als Pferdeweide benannt und gehörte der Burg Brandenburg.

Verkehrsmäßig lag Kobbelbude sehr gut, der Bahnhof war am Ort, die Chaussee und später die Autobahn führten direkt nach Königsberg. Die 250 Herdbuchkühe, die in Herden aufgeteilt waren, die jede wiederum von einem Obermelker betreut wurde, waren selten schön und ausgeglichen. Herr Caspari kannte alle seine Kühe persönlich, obwohl er mit Ehrenämtern überlastet war. Nur ein Beispiel: Zur züchterischen Fortbildung befand sich der Sohn des bekannten Herdbuchzüchters von Knobloch-Friedrichsburg in Kobbelbude. Dieser erzählt: „Es war Herbst, die Kuhherde mußte wegen Witterungsumschlag in den Stall geholt werden. Sonst war sie vom Frühjahr bis zum Herbst Tag und Nacht auf der Weide und wurde auch auf der Weide gemolken. Caspari sagte zu Knobloch: ‚Holen Sie schnell die Namenstafeln der Großen Herde (etwa 100 Kühe), der Obermelker ist krank, wir müssen die Kühe einbinden.‘ Er ging dann mit Knobloch durch den Stall und dieser mußte über jeden Kuhstand die für die Kuh bestimmte Tafel aufhängen. Der Stall hatte Queraufstellung und vier Eingangstore für die Kühe. Schon kam die Kuhherde, und Herr Caspari nannte mir und den Untermerkern den Namen jeder Kuh und den Platz, auf dem sie anzubinden sei. Alles ging zügig in größter Ruhe und Ordnung vor sich. Als die letzte Kuh angebunden war, sagte Caspari: ‚Jetzt wollen wir sehen, ob jede Kuh auf ihrem Platz ist.‘ Ich zweifelte sehr daran. Sie standen aber alle richtig.“

Wollte man in Kobbelbude einen Bullen kaufen — sich die Mutter vorher ansehen, so zeigte einem Caspari auch auf der Weide stets die fragliche Kuh, ohne daß ein Melker dabei war. 1913 hatte der Vater von Caspari schon den Bullen Prinz für 10 000 Goldmark auf einer Königsberger Auktion gekauft. Das war damals ein nie dagewesener Preis für einen Zuchtbullen.

In einem besonders guten Jahrgang kamen aus Kobbelbude etwas über 100 Bullen in Königsberg zu den Auktionen, die im Durchschnitt jeweils etwas über 2000 RM brachten, ein Erfolg, der seinerzeit besonderes Aufsehen erregte.

Nach der Vertreibung fand Caspari zunächst eine Melkerstelle bei zwölf Kühen in Holstein, eröffnete später einen Laden für Eier und Schlachtgeflügel in Hamburg und hatte sehr bald einen guten Kundenkreis. Aus gesundheitlichen Gründen mußte er nach einem Unfall den Laden aufgeben und wohnt jetzt mit seiner Frau in Hamburg 39, Zesenstraße 2.



Das alte Pächterhaus aus der Domäne Kobbelbude

Foto Archiv

Strahlend fiel der Schein der Spätsommer-sonne auf den Göttinger Rosengarten, als sich dort am ersten Sonntag im September mehrere tausend Ostpreußen aus dem ganzen Bundesgebiet trafen, um am Ehrenmal der ostpreußischen Divisionen ihrer Gefallenen zu gedenken. Mit ihnen waren wiederum Abordnungen ehemaliger französischer und belgischer Kriegsgefangener erschienen, die während des Zweiten Weltkrieges in Ostpreußen arbeiteten und heute den Kontakt weiterpflegen, der sie einst mit ihren damaligen Arbeitgebern verband. Unter den Ehrengästen befand sich auch General der Infanterie a. D. Hossbach, ehemals Oberbefehlshaber der 4. Armee in Ostpreußen, auf dessen Initiative die Schaffung des Ehrenmals zurückgeht. Gekommen war auch eine Abordnung der Bundeswehr unter Führung von Generalmajor Jürgens, und am Ehrenmal selbst hatten ein Ehrenzug der Göttinger Panzergrenadierbrigade 4 und das Heeresmusik-korps 2 (Kassel) Aufstellung genommen. Vor der Gedenkstätte dehnten sich zwei leuchtende Blumentepiche, zusammengesetzt aus mehr als 7000 Gebinden, mit denen ostpreußische Familien ihrer Gefallenen und Vermissten gedachten.

Die Silberglocke des Königsberger Doms erklang, dann ergriff zunächst Monsignore Ziegler von St. Paulus-Göttingen für die katholische Kirche das Wort. In den Mittelpunkt seiner Ausführungen stellte er den Gedanken der Nächstenliebe und des Dienens. Die Gefallenen hätten ihr Leben gegeben wie Christus, sagte er. Sie hätten ihr Leben gegeben, um ihre Heimat und ihre Familien zu schützen. Auch die jüngere Generation müsse sich der Erkenntnis bewußt werden, daß Freiheit nur mit Opfern erkauft und verteidigt werden könne. Man könne nicht etwas besitzen, ohne dafür zu bezahlen, sonst sei das betreffende Volk dem Untergang geweiht. Auch in Zukunft werde es notwendig sein, Opfer zu bringen und sich zum Gemeinsinn zu bekennen. Monsignore Ziegler schloß mit dem Gebet „Herr, erhalte uns und unserem Volk den Sinn für den Dienst am Nächsten, denn daraus leben wir“.

Für die evangelische Kirche sprach Superintendent George (Berlin, früher Königsberg),

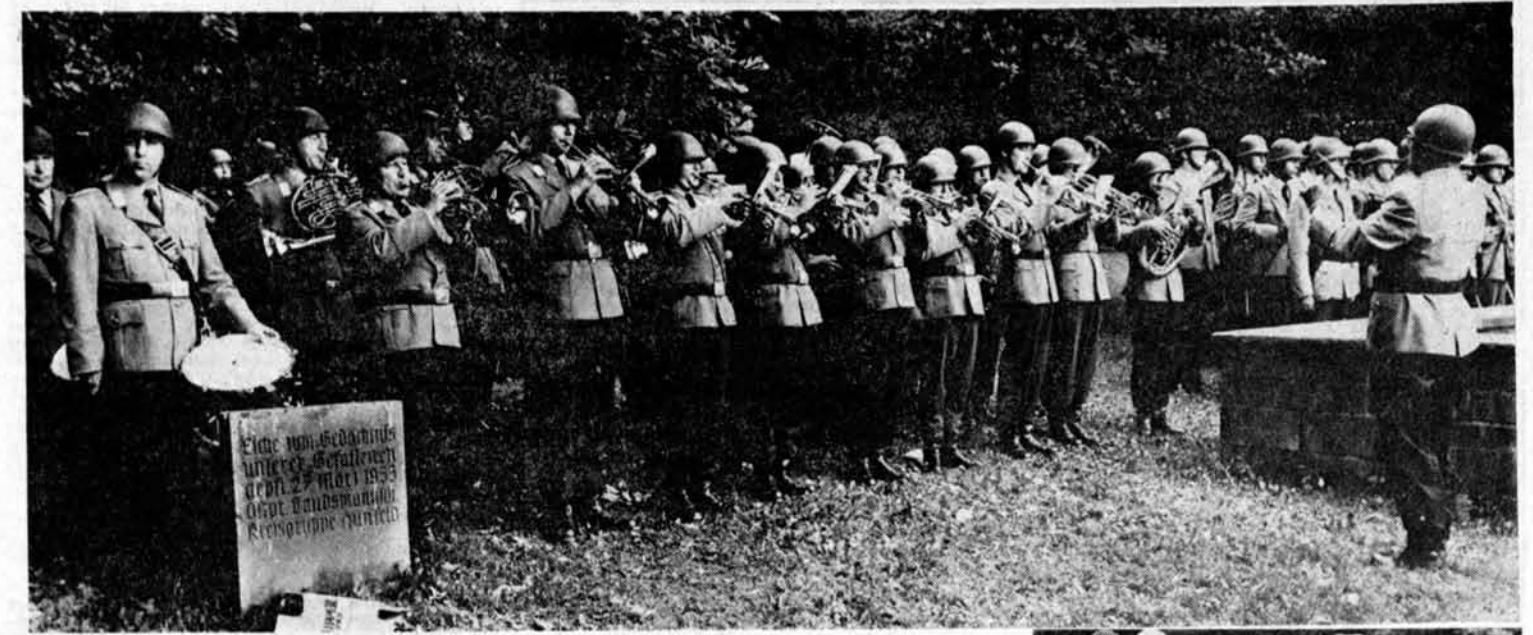
Avantgarde des Friedens in Europa bilden

Die Gedenkstunde am Göttinger Ehrenmal im Rosengarten

„Gott“ versöhnt und macht frei“ war das Leitthema seiner Worte. Angesichts der Tränen von damals und der häufig anzutreffenden Angst von heute müsse er manchmal an das Wort von Altbundeskanzler Adenauer denken: „Mein Gott, was soll aus Deutschland werden?“ Die Vertriebenen seien frei von Revanchismus, sagte Superintendent George weiter. Sie seien vielmehr Vorläufer eines neuen Europa, in dem es diese Vokabel nicht mehr geben werde. Die vierzehn Millionen Vertriebenen in der Bundesrepublik seien ein Potential des Friedens. Darüber hinaus aber seien sie auch ein Beispiel christlicher Geduld: „Was wäre, wenn wir den Weg einschlagen würden, den die Araber jetzt gehen?“ fragte er.

Er kam dann auf die sogenannten Realitäten zu sprechen und stellte fest: „Nicht die Realitäten sind das Reale. Es gibt keine Politik des Status quo — denn das ist der Tod. Vielmehr ist alles in Fluß. Was wäre die Welt ohne die Utopie Gottes, was wäre sie ohne die Männer, die einem Gedanken nachstrebten, den ihre Zeitgenossen zunächst für Utopie hielten und der dann doch verwirklicht wurde. „Deshalb gelte es, im Glauben nicht müde zu werden.“ Wir

Unsere Bilder von oben nach unten: Das Heeresmusikkorps 2 spielt das Lied vom guten Kameraden. — Vor der Feierstunde: Ist unser Strauß dabei? — Fleißige Hände legten schon am Vorabend die Blumentepiche aus. — Doppelposten der Bundeswehr hatten am Ehrenmal Aufstellung genommen. — Unten von links nach rechts: Während der Feierstunde im Rosengarten. Fotos (7) PIK



müssen die Avantgarde des Friedens und der Versöhnung in Europa bilden“, schloß Superintendent George.

Die Gedenkrede hielt Generalmajor a. D. Dethleffsen, während der Kämpfe in Ostpreußen Generalstabschef der 4. Armee unter General Hossbach. „Passen unsere alten Vorstellungen eigentlich noch unverändert in diese Welt?“ fragte er angesichts der häufig kritischen Einstellung der Jugend. „Müssen wir nicht umdenken?“ Unter Umdenken sei jedoch kein bloßes Anpassen zu verstehen. Es gelte vielmehr, das Wertvolle zu bewahren und aktiv mitzuarbeiten an der Gestaltung einer neuen Welt. So sei man auch nicht in Göttingen zusammengekommen, um die Gefallenen zu verherrlichen. Wer das meine, sei fehl am Platze, und die Gefallenen würden selbst dagegen sein, weil sie nicht Helden sein wollten, sondern ihren Auf-

ten, mit denen auch die Bande des Blutes und der Freundschaft besonders verbinden. und unseren Toten aus Belgien, Frankreich und von überall, die am gleichen mörderischen Ringen teilgenommen und ebenso schmerzliche Opfer durchlitten haben. Alle verdienen ohne Ausnahme unseren Dank, denn sie sind aus Pflichtbewußtsein, aus Liebe zu ihrem Vaterland gefallen. Sie alle schließen wir in unser Gebet ein. Nach dem Tod gibt es keine Grenzen mehr und keine Unterschiede zwischen Siegern und Besiegten, die Gegner sind gemeinsam zu guten Dienern geworden. Diese Toten vertreten vor allem die breite Masse der Bescheidenen und Fleißigen, die von einem gerechten Richter den ewigen Lohn für ihre heldenhaften Opfer erhoffen.“

Das Göttinger Denkmal rufe aber auch zu einer anderen Pflichterfüllung auf, nämlich zu der, allen denen zu helfen, die an den Kriegsfolgen zu leiden hatten oder noch leiden: den Verwundeten, den Kriegsgefangenen, Witwen und Waisen, besonders aber den Millionen Flüchtlingen, die alles aufgeben mußten, woran ihr Herz hing, nicht nur Hab und Gut, sondern auch die Heimat. Man müsse selbst eine Zeitlang die Freiheit verloren haben, um ihren Wert richtig einzuschätzen.

Abbé Pierchet schloß: „Dieser Wille zu helfen wird sich nicht verwirklichen lassen, solange es unter den Menschen keine echte Brüderlichkeit gibt. Sie setzt voraus: Vergessen, was vergangen ist, gegenseitiges Verzeihen, Verständnis füreinander, Versöhnungsbereitschaft und gegenseitiges Vertrauen. Wir können nur wünschen, daß die Samenkörner, die von Menschen guten Willens ausgesät wurden und bereits einigen Ertrag bringen, sich bald zu reichen Friedensernten auf der ganzen Erde entwickeln mögen.“

Der Ehrenzug präsentierte, dumpfer Trommelwirbel erklang, dann setzte sich der lange Zug der Kränze in Bewegung. Voraus schritten der stellvertretende Sprecher Joachim Freiherr von Braun und Bundesvorstandsmitglied Karl August Knorr mit dem Kranz der Landsmannschaft Ostpreußen, ihnen folgten die Delegationen der belgischen und französischen Kriegsgefangenen und der französischen Verdunkämpfer, die Kränze der Traditionsverbände der Wehrmacht und der alten Armee, der Kreisgemeinschaften und landsmannschaftlichen Gruppen. Das Musikkorps spielte das Lied vom guten Kameraden. Dann stiegen die mitreißenden Klänge der Marseillaise in den Septemberhimmel auf, gefolgt von denen der Brabançonne und des Deutschlandliedes. Die Feierstunde am Göttinger Ehrenmal war beendet.

Eine „Europäische Woche“ war der Gedenkstunde im Rosengarten vorangegangen. Der Vorsitzende der Göttinger Kreisgruppe, Hermann Bink, der seit 1964 die vom verstorbenen Landesgruppenvorsitzenden Arnold Woelke ins Leben gerufene Göttinger Bewegung weiterführt, hatte den Gästen aus Belgien und Frankreich im Laufe dieser Woche die Bundeshauptstadt Bonn und ein Industriewerk gezeigt. Bei einem Empfang im Göttinger Rathaus betonte auch Oberbürgermeister Leßner die Notwendigkeit einer brüderlichen Zusammenarbeit zwischen den Völkern. Schließlich hatten die Gäste auch Gelegenheit, bei einem Volkstumsabend des Theatervereins Lerbach/Harz deutsches Brauchtum kennenzulernen.

HUS



Schluß von Seite 10

Bei schönstem Wetter fand die Halbtagsfahrt durch die blühende Heide statt. Alle Teilnehmer waren zufrieden.

NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender der Landesgruppe Nordrhein-Westfalen: Harry Poley, 41 Duisburg, Duisburgerstraße 91. **Stellvertreter:** Erich Grimoni, 493 Detmold, Postfach 296. **Geschäftsstelle:** 4 Düsseldorf, Duisburgerstraße 71. **Telefon:** 02 11 / 48 26 72.

Düsseldorf — Sonnabend, 26. September, Wanderung unter Führung von Frau Anna Gluth, Treffpunkt 14 Uhr, Haltestelle Linie 26 Novesia bzw. Stadthalle in Neuß; Wanderung um Neuß. — **Dienstag, 29. September, 20 Uhr, lesen Dr. Herbert Hupka und Wilhelm Matull aus ihren Büchern „Große Deutsche aus Schlesien“ und „Große Deutsche aus Ostpreußen“.**

Hagen — Sonnabend, 19. September, 20 Uhr, in den Ostdeutschen Heimatstuben am Emilienplatz, Zusammenkunft für Mitglieder und Freunde der Gruppe mit Filmvorführung über den Ausflug zum Durchgangslager Friedland. Außerdem wird das Erntedankfest am 3. Oktober besprochen.

Iserlohn — Beim heimatkulturellen Abend der Memellandgruppe konnte Vors. Wilhelm Kakies Landsleute aus dem gesamten Kreisgebiet und sogar aus Ahlen und dem Rheinland begrüßen. Der Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt. In seiner Ansprache betonte Kakies die Wichtigkeit dieser Art von Veranstaltungen zur Pflege des Heimatgedankens und der Bewahrung heimatlicher Bräute. Die Flötengruppe, Ltg. Walburga Waltermann, erhielt reichen Beifall für ihre Darbietungen. Klaus Steinwender Jr., Hohenlimburg, führte Filme vor. Für eine freudige Überraschung sorgte der 2. Vors., Werner Gruening, der einen 20 Mann starken Spielmannszug, Ltg. Kopatz, eingeladen hatte. Ein Quizspiel enthielt staats- und gesellschaftspolitische Fragen. Frau Adolph, Iserlohn, Frau Simonis, Hemer, und Frau Mantowani, Hennen, waren die Gewinnerinnen. Freudig begrüßt wurden acht neue Mitglieder.

Köln — Donnerstag, 24. September, 19.30 Uhr, bei Ollig, Neuber Straße 87, Ostpreußenrunde mit Tonbandaufnahme über Rossitten.

Recklinghausen — Sonnabend, 10. Oktober, 19 Uhr, im Saal der Gaststätte Henning, Neumarkt, Erntedankfest der Gruppe Tannenber.

NIEDERSACHSEN

Landesgruppe Niedersachsen e. V.: 1. Vorsitzender Alfred Hein MdB, 332 Salzgitter-Lebenstedt, Hint. Ostertal 44, Telefon 0 53 41 / 4 44 26; 2. Vorsitzender Fredi Jost, 437 Quakenbrück, Hasestraße 60, Telefon Nr. 0 54 31 / 5 17; 3. Vorsitzender Friedrich Wilhelm Raddatz, 318 Wolfsburg, Am Stemmeltelch 24, Telefon 0 53 61 / 4 93 45.

Ostdeutscher Heimattag in Uelzen: Die Gruppe Niedersachsen-Nord veranstaltet Sonnabend, 17. Oktober, 15 Uhr in der 700 Jahre alten Stadt Uelzen, im neubauten Theater an der Ilmenau eine Schwerpunktveranstaltung unter dem Motto „Ostdeutscher Heimattag“. Programm: Streichquartett, Begrüßung und Totenfeier durch den Vors. der Gruppe Nord, F. W. Raddatz, Ostpreußenlied, Aufruf der ostpreußischen Jugend, Chor, Grußworte, Festrede Freiherr von Braun, Deutschlandlied. Um 19 Uhr Ostdeutscher Heimatabend im Schützenhaus Uelzen: unterhaltende Musik, Begrüßung, Volkstänze ostdeutscher und ukrainischer Jugend, Theaterspiel, gemächliches Beisammensein mit Musik und Tanz. Einlagen: Ostpreußischer Humor. Alle Gruppen im Bereich der Gruppe Nord sind eingeladen.

Oldenburg — Donnerstag, 24. September, Gedenkstätte für Charlotte Kayser. — Der Sommerausflug der Kreisgruppe führte an die Nordseeküste. Erste Station war das Nordseebad Horemersiel. Der Gemeindefunktor, ein Landsmann, hatte sich bereit erklärt, die Führung zu übernehmen. Attraktion des Bades ist das beheizte Seewasserwellenbad. Weiter ging es nach Harle, wo gebadet wurde. Im landschaftlich schönsten Teil Ostfrieslands wurden die Wasserschlösser Arle und Lütetsburg besucht, konnten bedauerlicherweise aber nicht besichtigt werden. Letzte Station des Ausfluges, der für alle Teilnehmer zum Erlebnis wurde, war Norddeich.

Osnabrück — Sonnabend, 19. September, 16 Uhr, Gaststätte Schützenburg, Iburger Straße (Bushaltestelle Schölerberg), Sommer- und Erntedankfest: 16 bis 19 Uhr Preisgegnen und Preisschießen für Damen und Herren, ab 19 Uhr Unterhaltungs- und Tanzmusik „Vom Walzer zum Beat“, 19.30 Uhr Begrüßung, Preisverteilung und Erntedankreden aus der Heimat durch den Vors. Louis Ferdinand Schwarz. In den Tanzpausen Gesangseinlagen durch den Chor, Ltg. Dr. Kunellis. Volkstanz unter der Erntekrone: Trachtengruppe der DJO.

Wilhelmshaven — Mittwoch, 23. September, 16 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Clubhaus Graf Spee. Anschließend an der Kaffeetafel berichten Teilnehmerinnen von der Fahrt an die Demarkationslinie und über den Frauenarbeitslehrgang. — **Montag, 5. Oktober, 19.30 Uhr, Heimatabend im Clubhaus Graf Spee** im Zeichen des Erntedankfestes. — **Mittwoch, 21. Oktober, 16 Uhr, Nachmittag der Frauengruppe im Clubhaus Graf Spee.** — Der Jahresausflug der Frauengruppe führte bei starker Beteiligung über Bad Zwischenahn und die Thülsfelder Talsperre zu den Hünengräbern bei Engelmansbake. Der Rückweg wurde über „Glaner Braut“ genommen. Wanderungen durch die blühende Heide bei besonders gutem Wetter ließen diese Fahrt zu einem schönen Erlebnis werden.

HESSEN

Vorsitzender der Landesgruppe Hessen: Konrad Oppitz, 63 Gießen, An der Liebhöhe 20. **Telefon:** Nr. 06 41 / 3 81 47.

Frankfurt (Main) — Sonntag, 4. Oktober, 8 Uhr, ab Opernplatz, Busfahrt durch den Spessart zum Erntedankfest nach Hanau. Fahrpreis etwa 7,- DM. — **Montag, 12. Oktober, 15 Uhr, Damenkaffee im Wappensaal, Haus der Heimat, Goethestraße 29.** — **Montag, 19. Oktober, 18.30 Uhr, Spielabend im Trachtensaal, Haus der Heimat.** — **Voranzeige:** Sonnabend, 7. November, 20 Uhr, Rosenau-Trio.

RHEINLAND-PFALZ

Vorsitzender der Landesgruppe Rheinland-Pfalz: Werner Henne, 675 Kaiserslautern, Barbarossaring Nr. 1. **Telefon:** 06 31 / 22 88. **Landesjugendwart:** Horst Jucknat, 5427 Bad Ems, Wintersberger Straße 8.

Kaiserslautern — Sonntag, 20. September, 15 Uhr, im großen Saal der Neuen Eintracht, Feierstunde zum Tag der Heimat. In Anbetracht der jetzigen ersten Lage wird jeder Landsmann erwartet.

BAYERN

Vorsitzender der Landesgruppe Bayern: Walter Baasner, 8 München, 23. Clemensstraße 48/IV II. **Telefon:** 08 11 / 30 46 86.

Kempten — Sonntag, 20. September, 15 Uhr, in der Gaststätte Zum Kleinen Xaverl, Stiftsgarten 6, an der Fürstenstraße, Zusammenkunft: Politisches Referat zur Lage, Selbstbestimmung vor 50 Jahren,

Keine Arena des Revanchismus

Der Deutschlandfunk zum Tag der Heimat in Berlin

Nicht alle Kommentatoren der Massenmedien sind geneigt, in den Vertriebenen den Buhmann der deutschen Politik zu sehen. Nach der Veranstaltung in der Berliner Waldbühne am 6. September sprach zum Beispiel im Deutschlandfunk Werner Dassui den Abendkommentar, dem wir die folgenden Feststellungen entnehmen:

„Es scheint wohl an nervlicher Belastung und allgemeiner Überarbeitung zu liegen, daß vor gewissen Veranstaltungen — Menetekel gemalt und zur Grundlage politischer Entscheidungen gemacht werden, die bei stärkerem Vertrauen in die eigene Anschauung und bei weitergespanntem Blick hätten vermieden werden können. Was vor Tisch als wahrscheinlich oder sicher — und unerwünscht gesehen wurde, entpuppte sich als Fehleinschätzung eines traditionellen, über 20 Jahre alten, gewachsenen Zustandes.“

Der heutige Tag der Heimat war keine „Kampfdemonstration“, er war keine Arena des sogenannten „Revanchismus“. Gewalttame Auseinandersetzungen zwischen Links, Rechts oder Mitte fanden nicht statt. Auch das Auftreten holländischer Musikgruppen und das eines Krakowiak tanzenden Ensembles darf wohl eher dem Europagedanken als einem Krypto-Revanchismus zugeschrieben werden. Der von einigen Leuten erwartete oder befürchtete Protest gegen den Vertrag mit Moskau, politische oder persönliche Angriffe gegen führende Persönlichkeiten der deutschen Politik, der Politik in Deutschland — fanden nicht statt. Es wäre unfair zu behaupten, daß dies eine besonders raffinierte Retourkutsche sei, wegen verweigerter öffentlicher Mittel — die — einem on-dit zufolge, nach einer administrativen Fehlplanung zum größeren Teil nun doch noch nachgereicht werden sollen.

Wer Extremes erwartet hatte, wurde enttäuscht.

In einer Zeit, in der politische Disproportion oft als Originalität empfunden wird, schien es den Hauptrednern der heutigen Veranstaltung in der Berliner Waldbühne angebracht, auf die Grundsätze der politischen Meinung der Vertriebenen hinzuweisen, deren Charta vom 5.

August 1950 den „Verzicht auf Rache und Vergeltung“ und die Forderung enthält, das Schicksal aller Flüchtlinge als Weltproblem zu sehen, „dessen Lösung höchste sittliche Verantwortung und Verpflichtung zu gewaltiger Leistung fordert“.

Dr. Czaja, Präsident des Bundes der Vertriebenen, betonte die Absage der Vertriebenen an einen „überheblichen Nationalismus“ und wiederholte das Wort Willy Brandts, daß „Kundgebungen, bei denen um das Recht gerungen wird, den Frieden nicht gefährden“. Czaja bekannte sich zu einer freien europäischen Lösung der Probleme; nicht veraltete nationalstaatliche Lösungen sollten angestrebt werden. Er plädierte für einen gerechten, geschichtlichen Ausgleich — im Sinne von Garantien gegen jede gewaltsame Lösung offener Fragen.

Der stellvertretende Präsident des Bundes, Dr. Hupka, erklärte das Motto des diesjährigen Tages der Heimat — „Wer Gewalt anerkennt — verliert den Frieden“ — als eine politische Aussage, „deren Inhalt die Unvereinbarkeit von Unfreiheit und Heimat verdeutlichen sollte“. Somit ist im Umkehrschluß ein Gewaltverzicht gleichzusetzen mit Zugewinn von Frieden.

Der „Sprecher der Jugend“ forderte die Regierung auf, „sich mit den Heimatvertriebenen an einen Tisch zu setzen“, damit — wie er sagte — „massive Differenzen endlich abgebaut werden könnten“; die Heimatvertriebenen seien weiterhin gewillt, in unserem Staat aufbauend und staatstragend mitzuwirken. Er forderte, dafür zu sorgen, daß sich das Wort Lenins nie bewahrheitete, demzufolge die Kapitalisten als letzte ihrer Handlungen noch den Strick liefern würden, an dem man sie aufhängen werde.

Einige Reporter, die schlagen wichtiger nehmen als sagen, waren enttäuscht. Der ruhige Verlauf des Tages der Heimat in Berlin vermittelte daneben einen wertvollen Schluß auf die Mentalität mancher Betrachter, die sich daran gewöhnt haben, verbale und brachiale Auswüchse für das Wesentliche und Berichtswerte, politische Meinung aber für langweilig, peinlich oder überflüssig zu halten; auch bei anderen Gelegenheiten.



„Wiedersehen macht Freude“ hieß die Ausstellung der Westbank, die sie bis zum 18. September in ihrer Zentrale in Hamburg im Einkaufszentrum Altona zeigte. Die brillante Fotoausstellung des „stern“-Fotografen Kurt Will vermittelte den Besuchern ein Wiedersehen mit bekannten Stars von gestern. Zur Eröffnungsfeier war der nach wie vor gern gehörte Gesangs-künstler Rudi Schuricke (unser Foto) erschienen, der sich vor der großen Zahl von Ehrengästen von Bühne, Film, Funk und Fernsehen zu seiner Heimat Ostpreußen bekannte. Er erzählte u. a. in einem so unverfälschten Ostpreußisch, daß die Vorlage für das beliebte Lied „Dreh dich noch einmal um, eh' wir auseinander gehen“, zu dem Heino Gaze die Melodie schrieb, ein Erlebnis mit einem Landsmann 1945 bei Berlin gewesen sei. In einem anschließenden Gespräch mit dem Ostpreußenblatt frische Rudi Schuricke Erinnerungen an seine Heimatstadt Königsberg auf und erzählte aus seiner Schulzeit auf dem Hufen-Gymnasium. Der Künstler lebt heute in Bayern am Starnberger See. Za.

---neues vom sport---

Ein alter, bewährter Sportsmann vom Akademischen Sport-Club Ostpreußen Königsberg, Paul Bouillon, starb nach langem Krankenlager 65 Jahre alt in Hannover. Bouillon war von 1902 bis 1907 auch Kassenswart und 3. Vorsitzender der Traditionsgemeinschaft der Leichtathleten aus den deutschen Ostgebieten. Zur Trauerfeier waren eine Reihe alter Vereinskameraden und weitere ostpreußische Sportler erschienen.

Zwei ostdeutsche Zehnkämpfer wurden mitteldeutsche Meister. Rüdiger Demmig (25), Oberscheibsbau/Jena, verbesserte sich von 8029 auf 8130 Punkte und Herbert Wessel (27), Königsberg/Potsdam, wurde mit 7988 Pkt. Vizemeister und blieb unter seiner Bestleistung von 8021 Punkten. Karin Ilgen, Greifswald, streifte erneut den Weltrekord im Diskuswerfen (63,96 m) und warf diesmal 63,54 m, während Detlef Thorith, Stettin, nur um 6 cm seine ostdeutsche Bestleistung im Diskuswerfen von 62,54 m verfehlte.

Die erste Goldmedaille für Deutschland bei der Universiade in Turin gewann die deutsche Rekordhalterin im Weitsprung, Heldemarie Rosendahl (29), Tilsit/Radevormwald, mit einem neuen Weltrekord von 6,84 m. Die Assistentin an der Kölner Sporthochschule, für TuS Leverkusen startend, verbesserte in diesem Jahr ihre deutsche Rekordmarke von 6,64 m über 6,72 und 6,80 auf 6,84 m. Die deutsche Rekordinhaberin über 1500 m (4:12,3), Karin Burneleit (27), Gumbinnen/Berlin, erreichte im Vorlauf über 800 m mit 2:02,2 Min. neuen deutschen Rekord, der aber

nach bereits 24 Stunden mit 2:01,8 Minuten von der Cottbuserin Hoffmeister verbessert wurde, so daß Karin Burneleit mit der Zeit vom Vortag nur Dritte wurde. Karin Ilgen (29), die 1,81 m große Diskuswerferin aus Greifswald/Leipzig, siegte im Diskuswerfen mit 62,04 m, Jörg Drehmel, Demmin, der deutsche Dreisprungrekordmann (7,13 m), wurde mit 16,93 m Dritter und der deutsche Exrekordler im Weitsprung (8,19 m), Klaus Beer, Liegnitz, mit 7,65 m Fünfter.

Weltmeister im Zweier ohne Steuermann wurde in St. Catharines (Kanada) das mitteldeutsche Boot aus Rostock mit dem Ostpreußen Peter Gorny in 6:57,81 Minuten. Der Deutschlandachter mit Manfred

Weinreich, Braunsberg/Emden, konnte die stolze Serie ab 1960 mit vier Ostpreußen und einem Schlesier, die Olympiasieger, Europa- und Weltmeister waren, nicht fortsetzen und wurde enttäuscht hinter dem mitteldeutschen Boot, der Sowjetunion und Neuseeland nur Vierter. Für die Olympiasieger von 1960 in Rom soll es eine Erinnerungsfahrt geben. Karl-Heinrich von Grodeck (34), der erfolgreichste deutsche Ruderer aller Zeiten aus Osterode, heute Sportjournalist in Hamburg, Kraft Schepke (36), Königsberg, heute Diplomvolkswirt in Düsseldorf, Frank Schepke (35), Königsberg, betreibt heute eine Teppich-Großreinigung in Ulzburg, Karl-Heinz Hopp (33) aus Alenstein ist Veterinärmediziner in Hannover und Klaus Bittner (30), Görlitz, ist heute Studienrat in Stuttgart. Sie gehörten zu dem deutschen Meisterboot.

Der frühere deutsche Meisterturner Jürgen Bischof (29), Königsberg/Neckarsulm, der nach einer Achillessehnenoperation im März 1969 wochenlang in tiefer Bewusstlosigkeit lag, kehrt mit seiner Familie nach Itzehoe, dem Wohnsitz seiner Eltern, zurück, da er nach dem schweren Unfall seinen Beruf als Diplomkaufmann in einem Automobilwerk nicht mehr ausüben kann.

Zwischen
Gestern
und
MorgenDokumente
Analysen
KommentareZwischen Gestern
und Morgen

Dokumente — Analysen — Kommentare

Was wird aus unseren Ostgebieten? Diese Frage bewegt zur Zeit weite Kreise unseres Volkes, denn die deutschen Ostgrenzen, seit dem Frieden von Melrose 1422 unverändert, sind in Frage gestellt. Immer stärker setzt sich die Überzeugung durch, daß keine deutsche Regierung berechtigt ist, im Wege der Vorleistung weite Teile unseres Landes zu verschenken. Deshalb ist es Aufgabe dieses Buches, das Wissen um die rechtlichen und historischen Zusammenhänge zu vertiefen, die mit dieser Frage verknüpft sind. Seine im Lauf dieses Jahres im

Ostpreußenblatt erschienenen Beiträge spannen den Bogen vom Frieden zu Krakau über die Dokumentation der Vertreibung bis zu Axel Springers großer Rede zum Tag der Heimat in Berlin. Zu den Autoren gehören Freiherr von Guttenberg MdB, Heinrich Windelen MdB, Dr. Czaja MdB, Dr. Herbert Hupka MdB, Reinhold Rehs, Freiherr von Braun, Prof. Dr. Fritz Gause, Herbert Marzian, Gertrud Papendick und die Redakteure des Ostpreußenblattes.

„Zwischen Gestern und Morgen“, herausgegeben von der Staats- und Wirtschafts-politischen Gesellschaft Köln/Hamburg, erscheint in wenigen Wochen mit 216 Seiten Umfang und Fotos.

Bei Vorbestellung bis 30. September 6,80 DM. — Nach Ablauf des Termins 8,40 DM.

Bestellschein

Hiermit bestelle ich beim KANT-Verlag, 2 Hamburg 13, Parkallee 86;

Exemplar(e) „Zwischen Gestern und Morgen“ zum Einzelpreis von 6,80 DM zuzüglich Porto.

Name

Wohnort

Straße

Unterschrift

KANT-Verlag

Abt. Buchversand, 2 Hamburg 13, Postfach 8047

Kamerad, ich rufe dich!

R.R. 1/Pz.-Gr.-Rgt. 21

Im September vor 50 Jahren rückten die Eskadrons des Reiter-Regiments 1, die bis dahin verteilt im Grenzschutz eingesetzt waren, in ihre endgültigen Garnisonen Tilsit und Insterburg ein. Am 26. und 27. September veranstaltete die Kameradschaft ehem. Reiter-Regiment 1 Panzer-Grenadier-Regiment 21 deshalb in Meppen (Ems) ein großes Jubiläumstreffen. Das Festprogramm sieht u. a. auch reitliche Vorführungen am Vormittag des 27. September vor. Wer Näheres erfahren will, wende sich bitte umgehend an Kamerad Willi Widdrat, 447 Meppen (Ems), Kardinal-von-Galen-Str. 11. Tel. 0 59 31 / 21 26.

Nachrichten-Abteilung 1 (Insterburg) in der ehem. 1. (ostpr.) Infanterie-Division, Friedensstandort: Insterburg (Ostpreußen). Treffen der Kameradschaft Nachrichten-Abt. 1 am 10. und 11. Oktober in Wuppertal-Elberfeld (Zoo), Hubertusallee 4, Stadion-Gaststätte. Ehemalige Angehörige der N.-A. 1, die noch keine Verbindung zu der seit 1951 bestehenden Kameradschaft aufgenommen haben, wenden sich an Otto J. Monck, 56 Wuppertal-Barmen, Bogenstraße Nr. 68. Der „Rundbrief N.-A. 1“ und besondere Einladung mit Programmablauf des Jahrestreffens 1970 werden auf Wunsch gerne zugesandt.

Für Todes-Erklärung

Emil Schulz, Kaufmann (geb. 25. März 1882), und Ehefrau Gertrud, aus Königsberg-Metgethen, sind verschollen. Es werden Zeugen gesucht, die entweder ihren Tod bestätigen oder über ihren Verbleib aussagen können.

Zuschriften erbittet die Geschäftsführung der Landsmannschaft Ostpreußen, Abteilung Suchdienst, 2 Hamburg 13, Postfach 8047, unter T-70.

Schaffen und Streben
war Dein Leben,
Ruhe hat Dir Gott gegeben.
Heute entschlief, für uns alle unfassbar, meine liebe
Frau, unsere gute Mutter, Schwiegermutter, Groß-
mutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Grete Schneider
geb. Krüger
aus Dauginten (Wilken) bei Gumbinnen

im 74. Lebensjahre.

In stiller Trauer
Fritz Schneider
Otto Börger und Frau Irmgard,
geb. Schneider
Helmut Schneider und Frau Frieda,
geb. Hinrichsen
Enkelkinder
und alle Angehörigen

2841 Neuenlande, den 5. September 1970
Die Trauerfeier fand in der Kirche zu Dedesdorf statt.

Nach schwerem Leiden entschlief im 87. Lebensjahre unsere
geliebte und verehrte Mutter, Omi, Schwiegermutter und
Uromi, Frau

Else Majunke
geb. Lindenau
aus Königsberg Pr.
geb. am 24. 12. 1883 im Forsthaus Farjen, Kreis Ortelsburg

In großer Dankbarkeit für alles, was sie uns gab, nehmen wir
Abschied.

Es trauern in stillem Leid
Dirk Uhse und Frau Elisabeth,
geb. Majunke
Frau Johanna Christahl,
geb. Majunke
Georg Mottek und Frau Waltraud,
geb. Majunke
Frau Hildegard Scharmann,
verw. Klug, geb. Majunke
Werner Faby und Frau Sieglinde,
geb. Majunke
11 Enkel, 3 Urenkel

317 Gifhorn, Tränkebergstraße 22

Meine geliebte Frau, unser sonniges Mutteichen, unsere
getreue Schwägerin, Frau

Gertrud Engel
geb. Patermann
* 6. Oktober 1880 † 30. August 1970
aus Allenstein Roonstraße 82

ist unerwartet von uns gegangen.
Es gab in ihrem Leben nichts, wofür wir ihr nicht danken
müßten.

Paul Engel, Oberreg.-Rat a. D.
Edeltraut Engel
Hans Linus Engel
Elfride Kuntze, geb. Engel
Erwin Kuntze, Finanzpräsident a. D.

53 Bonn, Endenicher Allee 36
Die Trauerfeier fand statt am Donnerstag, dem 3. September
1970, um 11 Uhr in der Kapelle des Poppelsdorfer Friedhofes
in Bonn.
Die Beisetzung der Urne findet im engsten Familienkreis statt.

Nach langem, schwerem Leiden entschlief am 6. September 1970
plötzlich und unerwartet meine liebe Frau, unsere gute
Schwester, Schwägerin und Tante

Elfriede Pichler
geb. Rogowski
aus Treuburg, Ostpreußen

im 67. Lebensjahre.

In stiller Trauer
Ernst Pichler
3001 Altwarmbüchen, Füllenfeldstraße 1
Gertrud und Heinrich Sembritzki
6800 Mannheim, L 4, 9
Werner und Käte Rogowski
3001 Altwarmbüchen, Gleiwitzer Straße 20
Siegfried und Edith Rogowski
6232 Bad Soden, Falkenstraße 46

Die Beisetzung hat am 10. September 1970 in Altwarmbüchen
in aller Stille stattgefunden.

Am 11. September 1970 verstarb nach langem, tapfer getragenen
Leiden still und friedevoll unsere liebe Mitschwester

Ruth Harder
geb. 3. 2. 1908 in Labiau, Ostpreußen
gest. 11. 9. 1970 in Hildesheim

In ehrendem Gedenken
Vorstand und Schwestern
der DRK-Schwesternschaft Grenzmark e. V.
32 Hildesheim, Weinberg 63

Die Beisetzung erfolgte dem Wunsch der Verstorbenen ent-
sprechend auf der Schwesterngrabstätte des St.-Lamberti-
Friedhofes in Hildesheim am 17. September 1970 um 14 Uhr.
Trauerfeier war um 13.30 Uhr in der Halle des Städtischen
Krankenhauses.

Während ihres Urlaubs in Dalmatien verloren wir unerwartet
und für uns unfassbar unsere stets fürsorgliche, geliebte
Tochter, unsere gute Schwester und Tante

Eva Kolmar
* 6. 7. 1916 † 27. 8. 1970
aus Königsberg Pr und Mohrungen,
zuletzt Hamburg

Ihre geliebte Heimat konnte sie nie vergessen.

In tiefer Trauer
Reg.-Rat a. D. Kolmar und Frau Frieda,
geb. Milus
Anneliese von Kroge, geb. Kolmar
Hannover
Dr. med. Dieter Kolmar, Berlin 33
Christian, Jutta und Christine

314 Lüneburg, Gravenhorststraße 22, den 6. September 1970

Obwohl wir Dir die Ruhe gönnen,
ist voll Trauer unser Herz,
Dich leiden sehen und nicht helfen können.
das war für uns der größte Schmerz.
Nach einem Leben voll sorgender Liebe nahm Gott der Herr
unsere liebe, gute Mutter, Schwiegermutter, Omi und Uromi.
Frau

Martha Kretschmann
geb. Wagner
* 2. 3. 1887 in Klein-Börsau, Ostpreußen
† 31. 8. 1970 in Bad Lauterberg (Harz)

versehen mit den Gnadenmitteln unserer Kirche zu sich in sein
ewiges Reich.
Wir werden alles, was sie uns gab, in lieber und dankbarer
Erinnerung behalten.

Gleichzeitig ein stilles Gedenken unserem Vater
Fleischermeister
Paul Kretschmann
aus Hellsberg-Neuhof, Ostpreußen
der am 13. April 1945 in Kannasch (Wolga) verstarb.

In stiller Trauer
Paul Kretschmann und Frau Lucie, geb. Zint
4150 Krefeld, Thyssenstraße 8
Bruno Bünger und Frau Anny, geb. Kretschmann
2000 Hamburg 62, Flughafenstraße 83
Dr. Ernst Diete und Frau Leni, geb. Kretschmann
3422 Bad Lauterberg (Harz), Garmelmannstr. 1
Karl Nitsch und Frau Friedel, geb. Kretschmann
4501 Lechtingen bei Osnabrück, Heutgraben 1
sowie 10 Enkel und 10 Urenkel

Die Beerdigung fand am Donnerstag, dem 3. September 1970,
auf dem Friedhof in Bad Lauterberg (Harz) statt.

Ein gutes, treues Mutterherz
hat aufgehört zu schlagen.
Nach kurzer, schwerer Krankheit entschlief heute
sanft unsere liebe, treusorgende Mutter, Schwieger-
mutter, Oma, Uroma, Schwester, Schwägerin und
Tante

Martha Neumann
verw. Prazens, geb. Goroncy
aus Heinrichsdorf, Kreis Osterode

im gesegneten Alter von fast 85 Jahren.
Sie folgte ihrem geliebten Mann und drei Söhnen,
die in Rußland starben, in die Ewigkeit.

In stiller Trauer
Betty Neumann
Walter Neumann
Edith Neumann, geb. Lucka
Lotte Schulz, geb. Prazens
Alfred Schulz
Dieter, Gerhard, Arthur,
Eckard, Marga als Enkel
und alle Anverwandten

4814 Senne I, Gladiolenweg 1, den 25. August 1970

Nach einem reich erfüllten, nimmermüden Leben verunglückte
tödlich unsere hochverehrte

Dr. phil. Berta Quassowski
Oberstudienrätin i. R.
Ratsmitglied
der Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt und Land e. V., Krefeld
Trägerin der goldenen Ehrennadel
† 24. 3. 1891 † 29. 8. 1970

Sie lebte für die Jugend. Die Liebe zu ihrer Heimat erfüllte
sie ganz.
In Dankbarkeit und stiller Trauer im Namen der ehemaligen
Schülerinnen der Hindenburg-Oberschule, Insterburg

Ruth Schröder-Zehm
2819 Fahrenhorst 170, Hejdkämpe

237 Rendsburg, Pionier-Klinke-Straße 4

Am 12. September 1970 entschlief nach langer, schwerer Krank-
heit meine innig geliebte Frau, unsere treusorgende Mutter,
Schwiegermutter und Oma, Schwester, Schwägerin und Tante

Frieda Strogies
geb. Hensel
aus Schönwalde bei Königsberg Pr.

im Alter von 60 Jahren.

In stiller Trauer
Walter Strogies
Robert Puhl und Frau Gerda,
geb. Strogies
Klaus Schwarz und Frau Margot,
geb. Strogies
Enkelkinder Winfried, Heiko und Ralf

6252 Diez (Lahn), Zum Mühlichen 21
Die Beerdigung fand am 16. September 1970 statt.

Fern ihrer geliebten Heimat verstarb am 25. August 1970 nach
langer, schwerer Krankheit meine liebe Mutter und Schwieger-
mutter

Grete Schirmmacher
geb. Schirmmacher
aus Zinten, Ostpreußen

im 76. Lebensjahre.

In stiller Trauer
Helmut Schirmmacher und Frau Liselotte,
geb. Bukowski

3162 Uetze (Hannover), den 8. September 1970

Nach einem erfüllten Leben starb heute, fern seiner geliebten
Heimat, unser guter Vater, Schwiegervater, unser lieber Opa,
Bruder, Schwager und Onkel

Karl Schuran
aus Reichensee, Kreis Lötzen

Er folgte unserer lieben Mutter nach fast einem Jahr in die
Ewigkeit.

In stiller Trauer
Gertrud Schuran
Erna Schuran
Waldemar Schuran und Frau Wilma
Anke und Claudia

4926 Dörentrup-Humfeld 269, den 12. September 1970

Nach langer, schwerer Krankheit entschlief am 26. August 1970
meine liebe Frau, unsere liebe Schwägerin

Gertrud Siegmund
geb. Schloesser
aus Königsberg Pr., Lizenstraße 12

im Alter von 71 Jahren.

In stiller Trauer
Kurt Siegmund
und Angehörige

289 Nordenham 2, Bromberger Straße 15
Am 28. August 1970 betteten wir sie zur letzten Ruhe in Blexen.

Unsere liebe Tante und Schwägerin

Martha Groß
geb. Adomeit
aus Pöppeln, später Königsberg Pr.

wurde am 6. August 1970 kurz vor Vollendung des 80. Lebens-
jahres von ihrem Leiden erlöst.

Familie Reinhard Adomeit
Elisabeth Adomeit
Familie Haase

5000 Köln 80, Wilh.-David-Straße 77
4010 Hilden, Bismarckstraße 18

Ein treues Mutterherz
hat aufgehört zu schlagen.
Nach einem erfüllten Leben und fern ihrer geliebten Heimat
nahm der Herrgott unsere liebe, gute Mutter, Schwiegermutter,
Oma, Schwester und Tante

Therese Puschkat
geb. Lange
aus Königsberg Pr., Buddestraße 2 a
nach Vollendung des 83. Lebensjahres zu sich in sein Reich.

In stiller Trauer
Edeltraud Puschkat
Paul Pletowski und Frau Erika,
geb. Puschkat
Franz Puschkat und Frau Helga,
geb. Malitzke
Dieter Plagens und Frau Sigrid,
geb. Pletowski
Gertrud Rettel, geb. Lange

6 Frankfurt (Main), Schweizer Straße 104, den 12. August 1970

Statt Karten!

Heute morgen 5.40 Uhr entschlief sanft und ruhig im ge-
segneten Alter von 82 Jahren unser lieber Onkel

August Kohlhoff
aus Puschkeiten

In stiller Trauer
im Namen aller Angehörigen
Fam. Kohlhoff

2841 Eydelstedt, Auf den Sandbergen 192

Die Beerdigung fand am Freitag, dem 11. September 1970, um
12.00 Uhr von der Friedhofskapelle Barnstorf aus statt.

Plötzlich und unerwartet entschlief nach kurzer, schwerer
Krankheit mein lieber Mann, mein guter Vater, Schwiegersohn,
Schwager, Onkel, Neffe

Zollamtmann a. D.

Bruno Müller
aus Königsberg Pr.

im 74. Lebensjahre.

In tiefer Trauer
Frieda Müller, geb. Nieswand
aus Bartenstein
Klaus-Jürgen Müller
und alle Angehörigen

6 Frankfurt am Main Frauenhofstr. 12, den 1. September 1970

Die Trauerfeier fand am Freitag, dem 4. September 1970, auf
dem Friedhof Frankfurt (Main)-Niederrad statt.



Fern seiner geliebten unvergessenen Heimat ent-
schlief am 8. September 1970 unser hochverehrte

1. Vorsitzende

Viktor Meisch

Hauptmann a. D.
aus Königsberg Pr.
* 1. 1. 1906 † 8. 9. 1970

Der Verstorbene gehörte seit Bestehen der Landsmannschaft
dem Vorstand an und hat sich durch Einsatzbereitschaft sowie
Pflichttreue im Sinne der Vertriebenen verdient gemacht.
Wir bedauern seinen Heimgang sehr und werden ihm ein
ehrendes Andenken bewahren.

Ost- und Westpr. Landsmannschaft
Gr. Emlichheim
I. A.: W. Rostock, 2. Vors.

4459 Emlichheim, im September 1970

Nach kurzem Leiden ging am 7. August 1970 unser lieber, treu-
sorgender Vater und Großvater, Bruder, Schwager und Onkel

Justizoberinspektor i. R.
Hauptmann d. R.

Hugo Pilger
aus Ortelsburg

im 84. Lebensjahre für immer von uns.

In stiller Trauer
für alle Hinterbliebenen
Hugo Pilger jun.
Ursula Pilger, geb. Hartwig
Hans Pilger
Wieland und Hendrik als Enkel

7500 Karlsruhe, Redtenbacher Straße 10
5340 Bad Honnef, Dr.-Fritz-Lohmüller-Straße 38
5420 Niederlahnstein, Friedrich-Ebert-Straße 6

Nach kurzer, schwerer Krankheit und einem arbeits-
reichen Leben entschlief in Mitteldeutschland mein
lieber, stets hilfsbereiter Bruder und Schwager

Gerhard Klein

aus Arys

im 68. Lebensjahre.

In stiller Trauer
Charlotte Czyschke, geb. Klein
Paul Czyschke

34 Göttingen, Beekweg 58

Fern seiner Heimat entschlief am 3. September 1970
mein lieber Mann und Vater

Hans Friedigkeit

aus Klein-Gnie, Kreis, Gerdauen, Bahnhof

im Alter von 74 Jahren und 9 Tagen.

In stiller Trauer
Elise Friedigkeit, geb. Dolieff
und Kinder

7533 Eutingen (Baden), Beethovenstraße 36, den 9. September 1970

Nach einem erfüllten Leben ist unser guter Vater, Großvater
und Schwiegervater im 83. Lebensjahre entschlafen.

Albert Zabel

Rektor i. R.

aus Königsberg Pr., Schifferdeckerstraße 9
* 13. 11. 1887 † 12. 9. 1970

In stiller Trauer
Gerhard Zabel und Frau Gisela,
geb. Beyer
mit Bettina, Martin und Angelika
Klaus Zabel und Frau Anneliese,
geb. Kölsch
mit Sabine, Thomas und Andreas

2060 Bad Oldesloe, Wolkenweherweg 8
5470 Andernach, Von-Eichendorff-Hof 1

In tiefem Schmerz
Johann Scheider und Frau Christel,
geb. Reiss
aus Angerburg, Königsberger Straße 9
Roswitha Scheider als Schwester
Klaus Walta und Frau Sabine,
geb. Scheider
Josef und Karl Scheider

Hans-Ulrich Scheider

im blühenden Alter von 17 Jahren aus unserer Mitte gerissen.

5441 Höchstberg (Elfel), Weinstraße 10

Alles Leid ist überwunden,
nun hab' ich Frieden und Heimat gefunden.

Nach langem, in Geduld getragenen Leiden, jedoch plötzlich
und unerwartet, verstarb mein lieber Mann

Paul Puschnerus

aus Tilsit, Königsberger Straße 16

im 69. Lebensjahre.

In stiller Trauer
Helene Puschnerus, geb. Kleischmann
nebst Angehörigen

8948 Mindelheim (Schwaben), Kaufbeurer Straße 58

Mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater und Opa
ist plötzlich für immer entschlafen.

Franz Bennerowitz

geb. 5. 11. 1885 gest. 11. 9. 1970
aus Baltupönen, Kreis Tilsit
zuletzt wohnhaft in Memel

In stiller Trauer
im Namen aller Angehörigen
Marta Bennerowitz, geb. Dobeleit

23 Kiel, Ziegelteich 17

Die Trauerfeier hat im Krematorium in Kiel stattgefunden.

Nach langer, schwerer Krankheit ist heute mein lieber Mann,
unser guter Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder und
Onkel, Herr

Werner Siegfried-Jäglack

Oberst a. D.

von uns gegangen.

Es trauern um ihn
Ursula Siegfried
und Angehörige

876 Miltenberg/M., Hartungsweg 12

Die Beerdigung fand am 20. August 1970 in Miltenberg statt.

Ich bin am Ziel, ich konnt's nicht mehr ertragen,
von langem Leiden ruhe ich mich aus,
ich hab' gelitten, ohne viel zu klagen,
lebt alle wohl, ich geh' ins Vaterhaus.

Fern seiner geliebten Heimat entschlief am 27. August 1970 nach
langem, schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden mein
lieber Mann, unser guter Vater, Großvater, Bruder, Schwager
und Onkel

Schuhmachermeister

Emil Andres

aus Königsberg Pr., Vorderroßgarten 55

im 73. Lebensjahre.

In stiller Trauer
Elise Andres, geb. Zander
Kurt Andres
Rosemarie Andres, geb. Polinski
Enkelkind Frank
und alle Anverwandten

1 Berlin 27, Breckerfelder Pfad 5

Die Beerdigung fand am 2. September 1970 auf dem Friedhof
Dorotheenstadt in Berlin-Reinickendorf statt.

Am 10. September 1970 entschlief, fern der geliebten ostpreußi-
schen Heimat, nach langer, mit Geduld ertragener Krankheit
mein lieber Vater, Schwiegervater, Großvater, Urgroßvater
und Schwager

Wilhelm Ohlenberg

aus Pillau

im 79. Lebensjahre.

In tiefer Trauer
Waltrud Schroeder, geb. Ohlenberg
Horst Schroeder
Margret, Angelika und Anna Karina
Urenkel Niklaus und Lilian
Walter Slogsnat und Frau Martha,
geb. Dzubiell
Frieda Pawlitz, geb. Slogsnat

2 Hamburg 39, Flemingstraße 11

Die Trauerfeier findet statt am Mittwoch, dem 23. September
1970, auf dem Hauptfriedhof Hamburg-Ohlsdorf, Krematorium,
Halle C, um 10.45 Uhr.

Müh' und Arbeit war Dein Leben,
Ruhe hat Dir Gott gegeben.

Nach kurzer, schwerer Krankheit entschlief am
11. September 1970 um 15.30 Uhr mein lieber Mann
und guter Vater, Schwager und Onkel

Landwirt

Adolf Schinski

Teilnehmer beider Weltkriege
aus Rudau, Kreis Ortelsburg, Ostpreußen

im Alter von 77 Jahren.

Er folgte seinem vermissten Sohn

Horst

in die Ewigkeit.

In stiller Trauer
Wilhelmine Schinski, geb. Repschläger
Fritz Schinski

2 Norderstedt 3, Lehmberg 3

Die Beisetzung fand am Donnerstag, dem 17. September 1970,
in Garstedt statt.

Nahost:

Wetterleuchten über dem Mittelmeer

Der Kreml nimmt Einfluß auf die arabische Welt

„Seit langem haben die russischen Machthaber danach getrachtet, den Mittleren Osten zu beherrschen. Das galt von den Zaren und trifft ebenso auf die Bolschewisten zu. Der Grund für das Interesse Rußlands am Mittleren Osten liegt einzig in der Machtpolitik.“

Was der siegreiche General des Zweiten Weltkrieges und spätere US-Präsident Eisenhower im Jahre 1957 nüchtern aussprach, das ist heute von noch größerer Bedeutung für die Lage im Nahen Osten, denn die Sowjets haben inzwischen ihre Infiltrationsversuche mit sichtbarem Erfolg auf die gesamte arabische Welt ausgedehnt. Die Fronten des Kreml-Imperialismus wurden gleichsam vorverlegt. Zahlreiche kommunistische, volkssozialistische oder doch zumindest moskaufreundliche Staaten entstanden, während der Einfluß der konservativen, prowestlichen Regime mehr und mehr zurückging. Es war nicht nur das arabische Öl, das die Bolschewisten lockte, sondern als erprobte Weltrevolutionäre wissen sie nur zu gut, wie leicht in diesen unterentwickelten Gebieten der Weizen ihrer Propaganda blüht. So hat Moskau längst die Enge des Schwarzen Meeres gesprengt, ja, es ist drauf und dran, einen Teil seiner ständig wachsenden Kriegsflotte im Mittelmeer zu stationieren, um hier, wie Präsident Nixon sich vor kurzem ausdrückte, bei passender Gelegenheit „die Angeltür zur NATO aufzustoßen“.

Über sechzig „Rote Haie“ schwimmen zur Zeit im Mittelmeer, und sie können — je nach Bedarf — die Häfen der moskaufreundlichen Randstaaten anlaufen. Doch dies alles wäre noch zu wenig, käme den Sowjets nicht bei ihrem Vorhaben der schwelende arabisch-israelische Konflikt zu Hilfe. Der Lage im Nahen Osten gilt somit das gespannte Interesse der gesamten Weltöffentlichkeit, wobei die Vorgänge in Indochina fast schon als zweitrangig erscheinen. Die Dinge sind hier mehr denn je im Fluß und nach Ansicht von Sachkennern noch keineswegs entschärft.

Rund vierzigmal haben bisher die UNO-Botschafter der USA, der UdSSR, Großbritanniens und Frankreichs in New York in Geheimsitzungen getagt, jedoch ohne zu einer Übereinkunft zu gelangen. Die Kampfhandlungen gingen inzwischen im Stile eines nichterklärten Krieges weiter — von Flugzeugabschüssen über Bombenangriffe und Artillerieduelle bis zu Stoßtruppangriffen hinter die gegenseitigen Linien. Ägypten hat neuerdings russische Amphibienfahrzeuge erhalten, mit denen sich der Suezkanal leicht überqueren läßt, während die USA den Israelis weitere 25 ihrer gefürchteten „Phantom“-Jäger zusicherten. Die beiden Riesen des Ostens und des Westens pumpen demnach immer noch Waffen in den Gefahrenherd hinein, die Sowjets aus den bereits erwähnten Gründen, die Amerikaner, weil sie zu ihrem Versprechen stehen, den kleinen Staat Israel nicht untergehen zu lassen.

Die Friedenspläne

In jüngster Zeit haben nun Washington und Moskau den beiden streitenden Parteien getrennte Friedenspläne vorgelegt, die ein sehr unterschiedliches Echo fanden. Während Israels Ministerpräsident, Frau Golda Meir, zu dem Moskauer Plan erklärte, er enthalte „kein einziges ehrliches Wort“, hat sich Ägyptens Staatspräsident Nasser wider Erwarten mit dem amerikanischen Vorschlag („Rogers-Plan“) grundsätzlich einverstanden erklärt. Hiernach soll vor Beginn der eigentlichen Friedensverhandlungen eine Feuerpause von 90 Tagen eingeschaltet werden, in der der schwedische Diplomat und UNO-Bevollmächtigter Jarring Verhandlungen mit beiden Seiten führt. Ein diplomatischer Bewegungskrieg ist also jetzt im Gange, denn nach längerem Hin und Her hat auch Israel den „Rogers-Plan“ als annehmbar bezeichnet, ja sich sogar bereit erklärt, Teile der von ihm besetzten Gebiete zu räumen.

Doch damit sind offenbar die Wege für eine friedliche Lösung des Konflikts noch nicht ge-

ebnet. Nassers Gesprächsbereitschaft hat vielmehr zu einer Spaltung des arabischen Lagers geführt. Während sich der Libanon und Jordanien in etwa auf der Linie Kairos bewegen lehnen der Irak, Syrien und Algerien jedwede Verhandlung mit den Israelis strikte ab. Und an der Spitze dieser Neinsager marschieren die weithin verstreuten palästinensischen Untergrundkämpfer, die heute bei ihren schwerbewaffneten Demonstrationen Nasser als einen „Hund und Feigling“ verfluchen.

Wendung um 180 Grad

Aufschlußreich und wie immer zwielichtig ist vor dem Hintergrund dieser neuen Situation die Haltung der Sowjets gegenüber ihren arabischen „Lieblingen“. Zunächst hatte die Moskauer „Prawda“ mit scharfen Worten die abweisende Haltung des Iraks gerügt, woraus man vielfach folgerte, daß der Kreml den amerikanischen Friedensplan zumindest in seinen Grundzügen billige. Schon nach 48 Stunden aber vollzogen die Russen eine Wendung um 180 Grad, indem dieselbe „Prawda“ nun auf einmal erklärte, der Vorschlag der USA sei „eine widerliche Farce“, nur darauf abgestellt, weitere Zeit für zusätzliche Waffenlieferungen an Israel zu gewinnen. Und mit dieser aggressiven Behauptung lief parallel das unerwartete Eintreffen des Chefs der sowjetischen Luftstreitkräfte in Kairo. Wollte er Nasser noch in letzter Minute zurückschicken oder galt sein Besuch lediglich einer Inspektion der zahlreichen Sowjetpiloten, die sich heute in Ägypten befinden? Auf jeden Fall erblickten wir auch hierin keinen Anlaß zu einer optimistischen Beurteilung der Lage. Moskau ist augenscheinlich nicht gewillt, seine kostspieligen Positionen im Nahen Osten aufzugeben. Wir begrüßen es daher besonders, daß wir von offizieller israelischer Seite Unterlagen erhielten, die es ermöglichen, unsere Leser über die bisherigen Infiltrationsversuche der gesamten arabischen Welt zu unterrichten.

Aus dem Informationsmaterial geht hervor, daß die Sowjets schon bald nach Stalins Tod vor allem in der UNO die Araber stärker als bisher gegen Israel unterstützten. Ende 1953 registrierte man in Tel Aviv bereits definitive Anzeichen für das Bestreben Moskaus, die arabischen Staaten im Sinne des Bolschewismus auf lange Sicht zu unterwandern. Die Ergebnisse dieser Bemühungen wurden deutlich an vermehrten politischen Kontakten und diplomatischen Beziehungen, beginnenden Waffengeschäften sowie der Entwicklung finanzieller und kultureller Bindungen. Als das erste hervorstechende Merkmal des russischen Eindringens in den Nahen Osten wird von den Israelis das „tschechoslowakische“ Waffengeschäft zwischen der UdSSR und Ägypten bezeichnet, dessen Abschluß Nasser am 27. September 1955 offiziell bekanntgab. Experten schätzten damals den Wert dieses Abkommens auf 1,6 Milliarden DM. Ihm folgten weitere sowjetische Waffengeschäfte mit Syrien und dem Jemen — beide 1956.

Im Rückblick auf diese erste Phase der Moskauer Infiltration ist man in Tel Aviv der einheitlichen Ansicht, daß dem vor allem die folgenden Ziele zugrunde lagen: a) Ein revolutionärer Wechsel in den Beziehungen der arabischen Staaten zum Westen; b) Beginn entscheidender Abhängigkeit der arabischen Regierungen von Moskau; c) Förderung der arabischen Neutralität im Zeichen einer vorsichtigen Blockfreiheit zwischen Ost und West und d) Kairo als Hauptstützpunkt des sowjetischen Eindringens in den nahöstlichen Raum. In dem Zusammenhang hebt man in Tel Aviv hervor, daß der Kreml Nasser bei seinem Schritt, den Suezkanal zu „nationalisieren“, volle diplomatische Unterstützung anbot. Bei Ausbruch des Sinai-Suez-Krieges 1956 drohten die Russen mit atomarer Vergeltung und der Entsendung von Freiwilligen zur Unterstützung Ägyptens. Sie verwanten Großbritannien, Frankreich und Israel formell. Und nach Nassers Niederlage gewährten sie Kairo militärische und finanzielle

eine Hilfeleistung, die von Sachkennern auf 1,25 Milliarden DM beziffert wird.

In der Folgezeit erstreckten sich die Moskauer Infiltrationsversuche neben Ägypten auch auf zahlreiche andere arabische Staaten, so z. B. auf den Irak, der bis zum März 1959 Waffenhilfe und finanzielle Unterstützung im Werte von über 450 Millionen DM erhielt. 1961 kam das erste Waffengeschäft zwischen der Sowjetunion und Marokko zustande. 1962 und 1963 wurde Algerien, das inzwischen seine Selbständigkeit erkämpft hatte, gleichfalls mit russischem Kriegsmaterial unterstützt. Und 1964 nahm Jordanien diplomatische Beziehungen zum Kreml auf.

Die Dokumentation, auf der wir fußen, weist u. a. auch auf die Unstimmigkeiten hin, die während dieser ganzen Zeit zwischen Moskau und Kairo häufig zu verzeichnen waren. Aber immer wieder überwogen politische Interessen, und die Spannung ließ nach, bis im Mai 1964 Chruschtschew erstmalig Ägypten besuchte. Die Kritik des Kremlchefs am Pan-Arabisismus nasserscher Prägung blieb hierbei nicht aus, doch trotzdem, ja vielleicht sogar auf Anraten der Sowjets löste sich 1965 die Kommunistische Partei Ägyptens „freiwillig“ auf; ihre Mitglieder schlossen sich der „Arabischen-Sozialistischen Union“ des Landes an. Noch im selben Jahr wurde die „Vereinigung für ägyptisch-sowjetische Freundschaft“ gegründet, und 60 bis 80 russische Professoren und Lektoren kamen nach Ägypten, um an den dortigen Universitäten zu unterrichten. Nach Erhebungen in Tel Aviv studierten bereits Ende 1965 mehr als 2000 Araber in kommunistischen Ländern, davon allein 1200 aus dem Irak.

Ungeheure Summen

In einer kurzen Zwischenbilanz stellt diese Information fest: „Bis zum Zeitpunkt des Sechstage-Krieges Anfang Juni 1967 hatte der Ostblock den arabischen Ländern Hilfe im Werte von 19,8 Milliarden DM angeboten, die Hälfte dieser Summe war für Waffen bestimmt. Von all diesen finanziellen Versprechungen wurde jedoch nur insgesamt der dritte Teil eingelöst, die militärischen Angebote hingegen wurden zu 90 Prozent erfüllt.“ Und an anderer Stelle heißt es: „Insgesamt leistete der Ostblock den Arabern bis 1970 Finanz- und Militärhilfe im Wert von 33,4 Milliarden DM.“

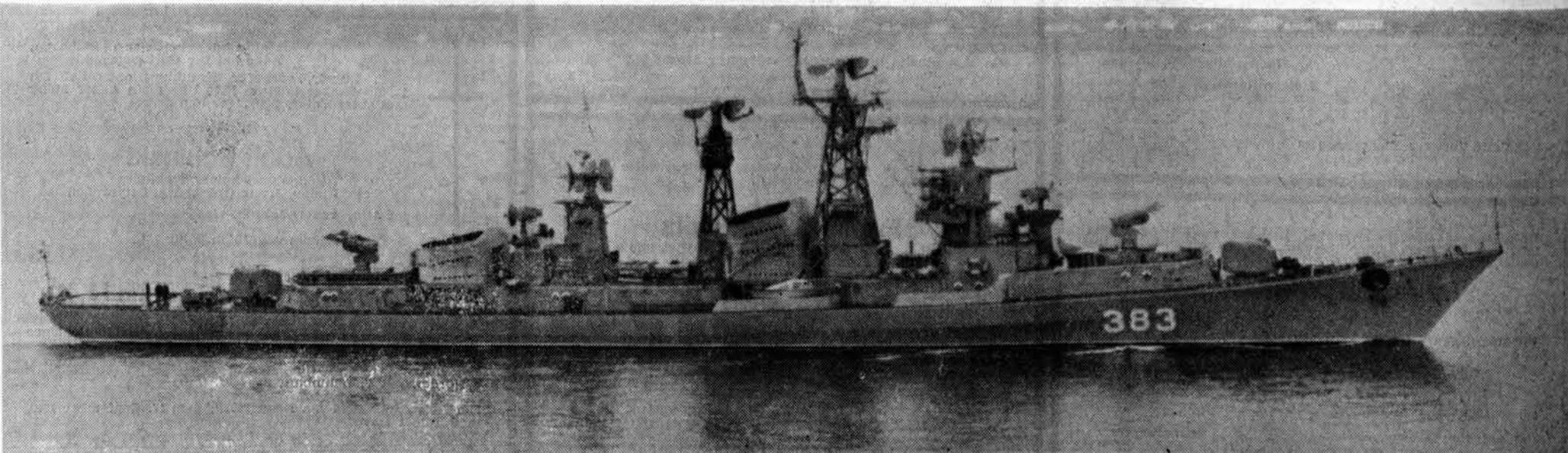
Wir wollen uns hier nicht in Einzelheiten verlieren, sondern abschließend nur noch herausstellen, wie man heute in Tel Aviv das Ausmaß des sowjetischen Durchdringens insbesondere der ägyptischen Armee beurteilt. Noch 1968 wurden 3000 russische Militärexperten in Ägypten, 1000 in Syrien und weitere 1000 in den übrigen arabischen Ländern vermutet. Zugleich wird betont, daß die mittelbare militärische Intervention Moskaus im arabisch-israelischen Konflikt im Frühjahr 1970 mit der Einrichtung von Raketenystemen des Typs SAM-3 begann, die von den sowjetischen Fachleuten bedient werden, sowie mit der Errichtung eines sowjetischen Radarschirms, um die Bombardierung wichtiger Ziele durch die Israelis und Überraschungsangriffe der israelischen Luftwaffe im ägyptischen Landesinneren zu verhindern. Die Londoner „Financial Times“ schätzte die Kosten für die Einrichtung der SAM-3-Raketen auf 3,5 Milliarden DM. Und derzeit wird in Tel Aviv vermutet, daß sich auf dem Boden Ägyptens mindestens 10 000 sowjetische Militärexperten befinden. Dies übertrifft bei weitem die Zahl der jemals in Länder außerhalb des Ostblocks entsandten Waffenspezialisten.

Das Informationsmaterial, das wir hier exzerpiert und kommentiert haben, schließt mit der alarmierenden Feststellung: „Die Sowjets sind das bedeutendste nichtarabische Element, das eine Einigung zwischen Israel und den Arabern verhindert. Darüber hinaus sind sie die Hauptgefahrenquelle für einen vierten Krieg zwischen beiden.“ Man wird abwarten müssen, wie sich die Ausgleichsbemühungen des schwedischen UNO-Bevollmächtigten Jarring entwickeln und ob es bei der im amerikanischen Friedensplan angeregten Feuerpause von 90 Tagen bleibt. Angesichts der gespannten Verhältnisse ist es immerhin erstaunlich, daß Israel im vergangenen Monat Juli die höchste Einwandererquote seit Beginn der sechziger Jahre zu verzeichnen hatte, vorwiegend jüdische Emigranten aus Polen, der Tschechoslowakei und den Westgebieten der Sowjetunion, die dort allesamt Opfer eines neuen Antisemitismus wurden. Auf das umzingelte „Heilige Land“ setzen also diese Menschen ihre letzte Hoffnung.

Nasser; Schlüsseifigur für Krieg und Frieden

Hilfe. Koordiniert wurde dieses Vorgehen noch mit Ägyptenbesuchen sowjetischer Kriegs- und Schulschiffe, die dann weiter bis zum Roten Meer fuhren. Und am 18. Juni 1957 wurde eine Schifffahrtslinie zwischen Odessa und Alexandria eröffnet.

Wie überall sonst in der Welt, so praktizierte der Kreml auch im arabischen Raum seine erprobte Taktik des Teilens und Herrschens. Die Spannungen zwischen rivalisierenden Kräften in Syrien benutzte er dazu, um seinen Einfluß durch ein Abkommen für wirtschaftliche Unterstützung im Werte von 650 Millionen DM zu vertiefen, das im Oktober 1958 unterzeichnet wurde. Der vorübergehende syrisch-ägyptische Zusammenschluß erbrachte zwar den Sowjets keine helle Freude, doch setzten sie auch weiterhin auf Nasser und luden ihn 1958 zum erstenmal nach Moskau ein. Fast zur gleichen Zeit begann der ägyptische Staatschef einen umfassenden Angriff auf den arabischen Kommunismus, dem er die damals noch nationalistischen Tendenzen seines eigenen Regimes entgegensetzte. Die Beziehungen zwischen Moskau und Kairo wurden hierdurch schwer belastet, zumal Nasser immer noch glaubte, sein Verhältnis zu den USA durch die Annahme finanzieller Hilfe stabilisieren zu können. Doch auch in diesem Fall behielt der Kreml den längeren Atem. Zunächst wurden Versöhnungsschreiben ausgetauscht, dann folgte ein russischer Kredit in Höhe von 90 Millionen DM, und schließlich kam es zu einem Abkommen, in dem Moskau seine Unterstützung bei der ersten Baustufe des Assuan-Dammes zusagte, nachdem dies die USA und Großbritannien unklugerweise abgelehnt hatten. Am Ende wurde den Sowjets die gesamte Ausführung des Projekts übertragen.



Sowjetische Flotte im Mittelmeer: Hilfe für die Araber

Foto: dpa